

In diesem Heft

Schwerpunkt Steuerreform: Einlagenrückzahlung neu: Eigenkapitalgeber in der Steuerfalle (<i>Zöchling, Trenkwalder</i>)	873
Schwerpunkt Steuerreform: Nationalrat beschließt „Abschleicher“-Gesetz (<i>Fraberger, Petritz, Trenkwalder, Walter</i>)	881
Schwerpunkt Steuerreform: Nationalrat bringt Steuerreform auf den Weg (Gesetzestexte samt allen Erläuterungen)	885
Steuerreformgesetz 2015/2016	885
Änderung des Endbesteuerungsgesetzes	957
Änderung des Bankwesengesetzes	958
Kontenregister- und Konteneinschau-Gesetz	960
Kapitalabfluss-Meldegesezt	967
Kapitalertragsteuer bei verdeckten Ausschüttungen aus Schwarzumsätzen der GmbH (<i>Kirchmayr, Zorn</i>)	974
Steuertermine im August	980
Der faktische Geschäftsführer als abgabenrechtlicher Pflichtenträger? (<i>Leitner</i>)	981
Die Durchbrechung des Bankgeheimnisses	982
Glossar (Betriebs-)Wirtschaft: Corporate Social Responsibility (<i>Baumüller</i>)	983

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Dipl.-Kfm. Eduard Müller
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Manfred Lindmayr: Die außerordentliche Auflösung von Lehrverhältnissen

3

Ein Lehrverhältnis kann nach Ablauf der Probezeit grundsätzlich nur einvernehmlich oder einseitig aus wichtigem Grund aufgelöst werden, eine Kündigung kommt nicht in Betracht. Darüber hinaus besteht für den Lehrberechtigten und Lehrling aber noch die Möglichkeit einer außerordentlichen Auflösung des Lehrverhältnisses, die einseitig und ohne Vorliegen wichtiger Gründe zu gesetzlich fixierten Terminen erklärt werden kann. Diese Auflösungsmöglichkeit wird im aktuellen Beitrag näher dargestellt.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Außerordentliche Auflösung des Lehrverhältnisses zum Ablauf des 12. oder 24. Monats der Lehrzeit	8
Einvernehmliche Auflösung statt Entlassung: keine listige Irreführung	9
Verfristung des Entlassungsrechts steht Kündigungsschutz nach BEinstG nicht entgegen	10
BEinstG: Kündigungsverfahren nach Entlassungsanfechtung	11
Unberechtigter Austritt während laufender Provisionsverhandlungen	12
Vorenthalten von Entgelt bei Zweifel an Wirksamkeit einer Vertragsänderung – Austritt unberechtigt	13
Recht auf Zusendung des Dienstzeugnisses?	13

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld: Berechnung des 6-monatigen Beobachtungszeitraums	14
Kürzung des Kinderbetreuungsgeldes wegen verspäteter Mutter-Kind-Pass-Untersuchung	15
Wochengeld bei Eintritt einer neuerlichen Schwangerschaft nach Ende des Kinderbetreuungsgeldbezugs?	16

» LOHNSTEUER UND ABGABEN

Arbeitszimmer einer Violinistin	17
Abzugsfähigkeit von Tageszeitungen bei Englischlehrer	18
Unfall an Privat-Pkw eines Polizeibeamten – Werbungskosten	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

7

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

1793

Entscheidungen

BGH: Aufhebung eines Unternehmensvertrags mit einer abhängigen GmbH ist nur zum Ende des Geschäftsjahres möglich (16.6.2015 – II ZR 384/13)

BGH: Zur Aufschlüsselung der Forderung nach Arbeitnehmern in Insolvenzeröffnungsantrag eines Sozialversicherungsträgers (11.6.2015 IX ZB 76/13)

BGH: Verbrauchern steht bei Fernabsatzverträgen über die Lieferung von Heizöl ein Widerrufsrecht zu (17.6.2015 – VIII ZR 249/14)

Gesetzgebung

BMWi: TTIP – Dienstleistungen standen im Fokus der 10. Verhandlungsrunde

BMJV: Stärkung des Verbraucherschutzes bei Immobiliendarlehens- und Dispokrediten

Aufsätze

Dr. Nils Krause, LL.M., FAHaGesR/FAStR/RA/Solicitor, und Christopher Albien, RA

1795

BB-Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsreport zu Compliance 2014

Ende 2013 und 2014 hat es auf Ebene der Gesetzgebung diverse Regelungen, Initiativen und Diskussionen gegeben, die für die Compliance in Unternehmen verschiedener Branchen relevant sind. Zur Konkretisierung diesbezüglicher Pflichten haben auch einige Entscheidungen der Gerichte beigetragen. Der Beitrag liefert einen Überblick über beide Bereiche aus dem relevanten Berichtszeitraum.

Dr. Hervé Edelmann, RA, und Dr. Tanja Suchowskyj, RAin

1800

Kündigung von Bausparverträgen zehn Jahre nach Zuteilungsreife

Die langandauernde Niedrigzinsphase hat im Bereich des klassischen Bankrechts zu einer Vielzahl von neuen Rechtsproblemen geführt. Nachdem die hohe Guthabenverzinsung der Sparleistungen der Bausparer droht, auf Dauer die für die Funktionsfähigkeit des Bausparsystems erforderliche Gemeinschaft der Bausparer in Mitleidenschaft zu ziehen, geht nunmehr bspw. eine Vielzahl von Bausparkassen dazu über, zum Schutz des Bausparkollektivs auch solche Bausparverträge zu kündigen, bei denen nach Zuteilungsreife zehn Jahre vergangen sind, ohne dass der Bausparer sein Bauspardarlehen in Anspruch genommen hat. Der Beitrag zeigt auf, dass und aus welchen Rechtsgründen Bausparkassen die Möglichkeit zusteht, Bausparverträge zehn Jahre nach erstmaliger Zuteilungsreife jedenfalls nach § 489 Abs. 1 Nr. 2 BGB wirksam zu kündigen.

Entscheidungen

BGH: Teilbarkeit der Niederschrift von Hauptversammlungsbeschlüssen in notariell beurkundete und in vom Aufsichtsratsvorsitzenden unterzeichnete Abschnitte (19.5.2015 – II ZR 176/14)

1807

OLG München: Unzweckmäßige Parteivereinbarung über die Bildung des Schiedsgerichts lässt Wirksamkeit der Schiedsklausel generell unberührt

1812

(1.10.2014 – 34 SchH 11/14 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Marco Jerczynski)

Neuerscheinung Buch

Säcker, EEG 2014, Sonderband Energierecht

Mit Änderungsentwurf der Bundesregierung vom 1.4.2015

1.982 Seiten, € 198,00

ISBN: 978-3-8005-1567-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Steuerrecht

Die Woche im Blick

1813

Entscheidungen

EuGH: Umsatzbesteuerung bei Organschaft (16.7.2015 – C-108/14 und C-109/14 (Larentia/Marenave))

BFH: Tarifbegünstigung des BA-Gewinns trotz vorheriger Ausgliederung einer 100 %-Beteiligung an einer KapGes zum Buchwert (28.5.2015 – IV R 26/12)

Aufsätze

Martin Riegel, RA/StB, und Michael Walke, RA

1814

Informationsaustausch nach § 117 AO zur bloßen Analyse von Unternehmensstrukturen?

Das Ziel des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs besteht darin, die Geschäftsmodelle und Strukturen der Unternehmen besser zu verstehen. Aktuell ist ein erstes Eilverfahren gegen das BZSt anhängig, dem diese Frage zu Grunde liegt. Streitig sind sowohl die beabsichtigte Weitergabe von Informationen an ausländische Staaten als auch beabsichtigte Anfragen der deutschen Finanzverwaltung an diese zur Erlangung von Informationen. Gegen diesen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stehen den betroffenen Steuerpflichtigen die Unterlassungsklage und der einstweilige Rechtsschutz in Form der einstweiligen Anordnung offen.

Thomas Streit, LL.M. Eur., RA/FAStR

1819

Grundlegende Neuordnung der Reihengeschäfte: Auf den Zeitpunkt der Verschaffung der Verfügungsmacht kommt es an!

In einem grenzüberschreitenden Reihengeschäft ist es von Bedeutung, die umsatzsteuerfreie Lieferung zu bestimmen. Maßgebliches Kriterium war bisher, wer den Transport der Ware vorgenommen oder veranlasst hat. In zwei aktuellen Entscheidungen distanziert sich der BFH von diesem Kriterium. Er hat für Recht erkannt, dass es auf die Transportverantwortlichkeit nicht ankommen kann. Stattdessen ist entscheidend, wann der letzte Abnehmer Verfügungsmacht an der Ware erhalten hat.

Dr. Stefan Rogge, RA/StB

1823

Cloud Computing und Steuerrecht

Cloud Computing ist aktuell eines der am häufigsten diskutierten Themen in der IT-Branche und darüber hinausgehend. Sowohl die Nutzer von Cloud-Dienstleistungen als auch deren Anbieter sollten bereits im Rahmen der Planung von Produkten und Projekten darauf achten, negative steuerliche Folgen zu vermeiden. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechendes Problembewusstsein. Der Beitrag möchte dieses durch die Behandlung der entsprechenden Aspekte hervorheben.

Entscheidungen

EuGH: Pauschale Besteuerung von Kapitalerträgen aus Beteiligungen an ausländischen Investmentfonds

1828

(21.5.2015 – C-560/13 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Kfm. **Sebastian Meinhardt, StB**)

BFH: Keine Verlängerung der Festsetzungsfrist bei leichtfertiger Verletzung der Anzeigepflicht eines Notars

1831

(3.3.2015 – II R 30/13 – dazu BB-Kommentar von **Julia Heinmüller, RAin/StBin**)

Aktuelle Veranstaltung

BB-Fachkonferenz Finanzgerichtsprozesse

Finanzgerichtsprozesse erfolgreich führen – Taktiken und Fallstricke

15.10.2015, Frankfurt am Main

Infos und Anmeldung: <http://veranstaltungen.ruw.de/fg2015frankfurt>



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1833

Rechnungslegung

EFRAG: Verlängerung der Kommentierungsfrist zum Rahmenkonzept gefordert

EFRAG: Bulletin „Profit or loss versus OCI“ in Zusammenhang mit dem Rahmenkonzept

EFRAG/DRSC: Fragebogen zu Auswirkungen des bevorstehenden Leasing-Standards auf Finanzkennzahlen in Kreditverträgen

DRSC: Öffentliche Diskussion zum Rahmenkonzept am 14.9.2015

DRSC: 40. Sitzung IFRS-FA

Wirtschaftsprüfung

IAASB: Überarbeitung der ISA

IDW: Anwendung des FATCA-Abkommens

WPK: Jahresbericht 2014

WPK: Aktualisierte Mitgliederstatistik

Finanzierung

Deloitte: Im Mittelstand hohe Zufriedenheit mit der Hausbank – Crowdfunding spielt noch keine Rolle

Betriebswirtschaft

BMWi: Neuausrichtung der Gründungs- und Mittelstandsberatung

Aufsätze

Prof. Dr. Inge Wulf, Dr. Heinrich Lange und Jens Niemöller, M.Sc.

1835

E-DRS 32 – Bilanzierung von immateriellen Vermögensgegenständen im Konzernabschluss im Lichte von IAS 38

Am 13.5.2015 hat der HGB-Fachausschuss des deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) den Standardentwurf E-DRS 32 „Immaterielle Vermögensgegenstände im Konzernabschluss“ mit Kommentierungsfrist bis zum 17.7.2015 veröffentlicht. Ziel des künftigen Standards ist die Sicherstellung einer einheitlichen Bilanzierung von immateriellen Vermögensgegenständen sowie die Behandlung bestehender Zweifelsfragen zur Stärkung der Informationsfunktion im Konzernabschluss. Bereits berücksichtigt wurden dabei die geplanten Änderungen im Zuge des Regierungsentwurfs für das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), das bereits vom Deutschen Bundestag mit letzten Anpassungen verabschiedet worden ist. Der Beitrag zeigt die zentralen Inhalte des E-DRS 32 auf und diskutiert diese mit Hinweisen auf die Regelungen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS).

Prof. Dr. Stefan Müller

1838

Neue monetäre Schwellenwerte im HGB – Update zu BB 2015, 241f.

Nach dem verabschiedeten BilRUG können die geänderten §§ 267, 267a Abs. 1, 277 Abs. 1 und 293 HGB bereits rückwirkend für nach dem 31.12.2013 beginnenden Geschäftsjahre angewendet werden – allerdings nur gemeinsam. Im Beitrag wird die beschlossene Möglichkeit der rückwirkenden Anwendung der erhöhten Schwellenwerte kurz dargestellt und kritisch diskutiert.

Entscheidungen

1839

BFH: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten bei Passivprozess

(16.12.2014 – VIII R 45/12 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Joachim Hennrichs)

1842

BMF: E-Bilanz – Veröffentlichung der Taxonomien 5.4 vom 3. April 2015

(25.6.2015 – IV C 6 – S 2133-b/11/10016:006 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Christian Zwirner)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1843

Entscheidungen

LAG Berlin-Brandenburg: Befristung eines Arbeitsvertrags – Eigenart der Tätigkeit (3.2.2015 – 7 Sa 2009/14)

BAG: Außerordentliche Kündigung – Nutzung dienstlicher Ressourcen zur Herstellung privater „Raubkopien“ (16.7.2015 – 2 AZR 85/15)

BAG: Schadenersatzanspruch bei Erteilen einer unzutreffenden Auskunft (21.5.2015 – 6 AZR 349/14)

BAG: Freistellung des Betriebsrats von erforderlichen Rechtsanwaltskosten (18.3.2015 – 7 ABR 4/13)

BAG: Mindestlohn für pädagogisches Personal – Entgeltfortzahlung an Feiertagen und im Krankheitsfall (13.5.2015 – 10 AZR 495/14)

Aufsatz

Dr. Bettina Scharff, RAin/FAinArbR

1845

Rechtsschutzmöglichkeiten Dritter bei Arbeitskämpfmaßnahmen

Immer häufiger liest man derzeit in der Zeitung, dass wieder eine Arbeitnehmergruppe durch Streikmaßnahmen versucht, eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu erreichen. Vielen dieser Streikmaßnahmen ist gemein, dass sie sich nicht ausschließlich zwischen dem unmittelbaren Kampfgegner und der Gewerkschaft abspielen, sondern auch Dritte betreffen, die keine Möglichkeit haben, auf die Tarifforderung der streikführenden Gewerkschaft Einfluss zu nehmen. Unter welchen Voraussetzungen solche Dritte, die auf die Tarifforderungen der streikführenden Gewerkschaft keinen Einfluss nehmen können, Rechtsschutzmöglichkeiten haben, soll Gegenstand dieses Beitrags sein.

Entscheidungen

BAG: Jubiläumswendung – Günstigkeitsvergleich (10.12.2014 – 4 AZR 503/12) 1850

BAG: Anspruch auf Abschluss eines Altersteilzeitarbeitsvertrags (10.2.2015 – 9 AZR 115/14) 1854

BAG: Entgeltfortzahlung bei Alkoholabhängigkeit – Verschulden und Rückfall (18.3.2015 – 10 AZR 99/14) 1856

Aktuelle Veranstaltung

Deutsche Arbeitsrechtskonferenz

Miteinander – Gegeneinander: Brennpunkte im betrieblichen Alltag

11.11.2015, Allianz Arena München

Infos und Anmeldung: www.arbeitsrechtskonferenz.de

Die Erste Seite

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Bottom up statt Top down im Bilanzrecht!

Jobs der Woche

VII

Impressum/Vorschau

VIII

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

521 Verdecktes Ausgabeaufgeld bei Wandel- und Optionsanleihen

WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

523 Ansatz immaterieller Güter nach E-DRS 32 Ein großer Wurf für ein altes Problem?

WP Prof. Dr. habil. Robin Mujkanovic

530 Die Bilanzierung des Instandhaltungsanspruchs nach § 535 Abs. 1 Satz 2 BGB bei Miete und Pacht Anmerkung zum BFH-Urteil vom 12. 2. 2015 - IV R 29/12

Vorsitzender Richter am FG Stefan Kolbe, M. Tax

534 Zulässigkeit der Rückstellungen von Ärzten für Honorarrückforderungen durch die Kassenärztliche Vereinigung

Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 5. 11. 2014 - VIII R 13/12

StB Dieter Grützner

537 Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37b EStG Anmerkungen zum BMF-Schreiben vom 19. 5. 2015

StB Michael Seifert

545 Deutscher Corporate Governance Kodex Inkrafttreten der Änderungen vom 5. 5. 2015

RA/WP/FAStR Harald Schumm

PRAXISFÄLLE

549 Verbrauchssteuern nach BilRUG

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

550 Des einen Freud, des anderen Leid: BFH erweitert die steuerlichen Pflichten des Zwangsverwalters

Prof. Dr. Jens M. Schmittmann

KURZNACHRICHTEN

552 Bilanzierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt

552 Gewinnrealisierung bei Abschlagszahlungen für Werkleistungen

552 Wirtschaftliche Zurechnung beim „sale and lease back“

553 Zeitpunkt der Aktivierung von Ansprüchen auf Steuererstattungen und Steuererstattungszinsen

553 Selbst geschaffene immaterielle Wirtschaftsgüter nach Formwechsel

554 Reform der Aufsicht der Abschlussprüfer

555 E-Bilanz: Veröffentlichung der Taxonomien 5,4

555 Betriebsausgabenabzug für Notarkosten bei der Anteilsübertragung an einer Personengesellschaft

555 Entrichtungspflicht des Zwangsverwalters

555 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende; unwiderlegbare Vermutung der Haushaltzugehörigkeit

556 Vergütung für die Verpfändung eines GmbH-Anteils zur Darlehenssicherung in einer Dreieckskonstellation

556 Einlagekonto: kein Direktzugriff, Bindung der Steuerbescheinigung

557 Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung zur Umgliederung des vEK beim Übergang vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren

557 Reform der Erbschaftsteuer

558 Umsatzsteuer-Umrechnungskurse für den Monat Juni 2015

559 Grobe Fahrlässigkeit i. S. von § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO

559 Drittwirkung einer Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung

VIII Impressum

 Merksatz

 Literatur

 Weblink

 Informationen

 Audio

 Siehe auch

 Community

 Quelle

 Video

 Galerie

 Berechnung

August 2015

10. Jahrg.

3/4 / 2015

Seite 157 – 292



ZfWVG

Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht

Inhalt

Editorial

Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.

Keine Entscheidung nach dem Digibet-Beschluss
des Bundesgerichtshofs 157

Aufsätze

Prof. Dr. Johannes Dietlein und Sascha Peters

Das Sportwetten-Konzessionsmodell auf dem unions-
rechtlichen Prüfstand 158

Prof. Dr. Ralf P. Schenke

Online-Casinospiele: Rien ne va plus? 170

Dr. Jörg Bewersdorff

Der Weg zur Siebten Novelle der Spielverordnung 182

Dr. Ingo Fiedler

Evaluierung des Sperrsystems in deutschen Spielbanken 188

Dr. Juliane Hilf und Klaus Umbach, LL.M.

Rechtsprechungsübersicht zum Sportwettkonzessions-
verfahren 197

Dr. Jens Kalke und Sven Buth

Internetsozialkonzepte der Lotteriegesellschaften 202

Christian Schütze, M.A. und Dr. Jens Kalke

Jugendschutz und jugendspezifische Suchtprävention
im Glücksspielbereich 206

Nils J. Janson

Zur interföderalen Kohärenz in Bundesstaaten 212

Rechtsprechung

Keine Schadensersatzansprüche wegen behördlicher

Untersagung der Sportwettvermittlung
BGH, Urt. v. 16.4.2015 – III ZR 204/13 216

Anmerkung von *Dr. Peter Mailänder, M.C.J.* 223

Wirksame Revisionsrücknahme nach mündlicher

Verhandlung zur Hauptsache
BGH, Beschl. v. 7.5.2015 – I ZR 171/10 – Digibet II 225

Erfolgslose Nichtzulassungsbeschwerde

BVerwG, Beschl. v. 25.2.2015 – 8 B 36.14 227

Trinkhalle ist keine Schank- und Speisewirtschaft

OVG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 5.2.2015 –
3 LA 34/14 233

Schleichwerbung für Online-Poker-Anbieter

VGH Bayern, Urt. v. 9.3.2015 – 7 BV 13.2153 235

Keine drittschützende Wirkung des RennwLottG

OVG Hamburg, Beschl. v. 11.3.2015 – 4 Bs 228/14 238

Trennungsgebot betreffend Wettvermittlungsstellen

und Gaststätten ist verfassungs- und unionsrechtskonform

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 18.3.2015 –

4 B 1173/14 241

Anmerkung von *Sascha Peters* 244

Fernsehwerbung für „bet-at-home“

VGH Bayern, Urt. v. 2.4.2015 – 7 B 14.1961 247

Anmerkung von *Dr. Michael Stulz-Herrnstadt und*

Christoph Engelmann 250

Verfassungskonformität der spielhallenbezogenen

Übergangsregelungen ist derzeit offen

OVG Thüringen, Beschl. v. 8.4.2015 – 3 EO 775/13 252

Rechtmäßige Versagung einer Spielhallenerlaubnis

VG Regensburg, Urt. v. 22.1.2015 – RO 5 K 14.90 254

Poker in den Varianten „Texas Hold'em“ und

„Omaha Holdem“ ist Glücksspiel

VG Karlsruhe, Urt. v. 12.2.2015 – 3 K 3872/13 257

Neubescheidung über Teilnahme am Sportwett-

konzessionsverfahren

VG Wiesbaden, Beschl. v. 16.4.2015 – 5 L 1448/14.WI 264

Wettbürosteuer nicht von kommunaler Steuerhoheit

erfasst

VG Karlsruhe, Urt. v. 24.4.2015 – 6 K 1514/13,

6 K 1515/13, 6 K 1532/13 271

Herausgabe sämtlicher Unterlagen zu Spielersperren

VG Weimar, Beschl. v. 28.4.2015 – 5 E 177/15 We 273

Zurückstellung der Sportwettkonzessionsvergabe

VG Wiesbaden, Beschl. v. 5.5.2015 – 5 L 1453/14.WI 276

Zur Steuerbarkeit von Umsätzen aus Sportwettvermittlung

FG des Saarlandes, Gerichtsbescheid v. 13.10.2014 –

1 K 1008/12 284

Betrieb von EC-Cash-Terminals in Spielhallen

AG Nürtingen, Urt. v. 11.3.2015 – 16 Ds 151 Js 103354/12 286

Leitsätze 291

→ Editorial	125
Genetische Analysen und Versicherungsrecht	
<i>Von Christian Kopetzki</i>	

Beiträge

→ Berufs- und haftungsrechtliche Fragen iZm der Transplantation von Allografts in der Orthopädie	128
Die Arbeit setzt sich mit einigen Sonderfragen auseinander, die iZm der Transplantation von Körperteilen in der Orthopädie aufgeworfen wurden. Zunächst wird die Verantwortlichkeit der einzelnen Akteure für die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben der Gewebeentnahme diskutiert und im Anschluss daran werden Überlegungen zur Haftung für durch Transplantatmängel ausgelöste Schäden angestellt, insb unter Berücksichtigung des Produkthaftungsrechts (PHG).	
<i>Von Felix Wallner</i>	
→ Wenn der „falsche“ Arzt operiert – und dann Komplikationen entstehen	135
Überlegungen aus Anlass der E OGH 25. 11. 2014, 8 Ob 120/14 a RdM 2015/111	
Erklärt der Patient, nur von einem bestimmten Arzt operiert werden zu wollen, hat auch ein gemeinnütziger Krankenhausträger, bei dem es keine freie Arztwahl gibt, darüber aufzuklären, wenn ein anderer Arzt den Eingriff durchführt.	
<i>Von Christian Huber</i>	
→ Abgrenzung zwischen (tier)ärztlichen und nicht(tier)ärztlichen Tätigkeiten	139
Aktuelle Rsp zum Tierarztvorbehalt und Überblick über den Arztvorbehalt im Bereich der Humanmedizin	
Bei der Beurteilung, ob eine Tätigkeit eines Nichttierarztes in den Tierarztvorbehalt eingreift, ist auf die im Bereich der Humanmedizin zur Abgrenzung zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Tätigkeiten entwickelten Grundsätze zurückzugreifen, wobei sich auch in Bezug auf Hilfstätigkeiten Parallelen zwischen ÄrzteG und TierärzteG finden.	
<i>Von Stephan Kallab</i>	
→ Die Vertretungsbefugnis nächster Angehöriger im Rettungs- und Notarzdienst	142
Die Vertretungsbefugnis nächster Angehöriger umfasst auch die Zustimmung zu geringfügigen medizinischen Behandlungen. Sanitäter und Notärzte sind bei Einsätzen immer wieder mit Situationen konfrontiert, in denen ein Angehöriger eine (Nicht-)Behandlung des Patienten ohne dessen Einbeziehung oder sogar gegen dessen Willen verlangt.	
<i>Von Maximilian Burkowski</i>	

Gesetzgebung und Verwaltung

Bearbeitet von Marianne Kropf, Gerhard Aigner und Meinild Hausreither

→ Ärztliche Ausbildung NEU	145
→ Suchtgift	147
→ Kundmachung von Gesetzesvorschriften	147

Rechtsprechung

→ „Wrongful Conception“ – Geburt eines gesunden, wenn auch unerwünschten Kindes kann keinen Schaden im Rechtssinne bedeuten	149
OGH 29. 1. 2015, 9 Ob 37/14 b	
<i>Mit Anmerkung von Erwin Bernat</i>	

→ Einwilligung in Operation auf einen bestimmten Arzt begrenzt 153
OGH 25. 11. 2014, 8 Ob 120/14 a

Rechtsprechung in Leitsätzen

*Bearbeitet von Claudia Gabauer, Ingrid Jez, Veronika Kräftner, Aline Leischner-Lenzhofer
und Claudia Zeinhofer*

→ Arzthaftung, Berufsrecht, Privatversicherungsrecht,
Unterbringungs- und Heimaufenthaltsrecht, Werbung 155

Bericht

→ Tagungsbericht 8. Gmundner Medizinrechts-Kongress 2015 159
Von Julia Tutschek und Matthias Klein

Standards

→ Impressum 125

Sichern Sie sich Ihren Ertrag durch Immobilieninvestitionen

Kauf von Wohnungspaket (Mehrheitsanteil mit 11 parifizierten
Eigentumswohnungen) südlich von Wien (ca. 20 KM)
direkt am neu errichteten Hauptplatz, beste Infrastruktur.

Jahresmietertrag ca. 50.000,- (netto),
Übernahme GmbH möglich, Barerfordernis € 970.000,-,

Jahresrendite 3,11%.

Keine Nebenspesen bei Übernahme der GmbH-Anteile, wie Maklergebühren,
Grunderwerbsteuer, Eintragungsgebühr.

HWB (kwh/m²/Jahr) 106

Bei Interesse bitte direkt beim Eigentümer unter 02254/723 86 –
Frau Jennifer Kiss – melden.

Inhalt

EDITORIAL

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Preis

AUFSÄTZE

Dr. Hans-Jürgen Kretschmer

Der langsame Abschied von der solidarischen Sozialversicherung? 357

Karl Friedrich Köhler

Das Vorschlags- und Auswahlverfahren bei der Berufung ehrenamtlicher Richterinnen
und Richter im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit 366

Franz Knieps

Die gesetzliche Krankenversicherung im Spannungsfeld zwischen sozialer Sicherung
und Steuerung einer Wirtschaftsbranche 374

Dr. Denis Hedermann

Der Vergütungsanspruch der Krankenhäuser für ambulante Notfallbehandlungen
von Kassenpatienten 378

AKTUELLE ENTSCHEIDUNGEN

Übersicht über die jüngste Rechtsprechung

Bundessozialgericht 382

RECHTSPRECHUNG MIT ANMERKUNGEN

RENTENVERSICHERUNG

Altersteilzeit / Österreich

Art. 45 AEUV; Art. 3 Abs. 1, Art. 45 Abs. 1 VO (EWG) 1408/71; § 237 Abs. 1 SGB VI;
§§ 2 bis 4 AltTZG

Urteil der Ersten Kammer des EuGH vom 18. 12. 2014, Rs. C-523/13 (Larcher)

Anmerkung von Dr. Arno Bokeloh, Bonn 391

ÜBERLANGE VERFAHRENSDAUER

Maßstab / Bedenkzeit

§ 202 SGG; § 198 GVG

Urteil des 10. Senats des BSG vom 3. 9. 2014 – B 10 ÜG 2/13 R –

Anmerkung von Prof. Dr. Christine Steinbeiß-Winkelmann, Berlin 398

VERTRAGSARZTRECHT

Notfallbehandlung / Krankenhaus

§ 76 SGB V; EBM-Ä

Urteil des 6. Senats des BSG vom 2. 7. 2014 – B 6 KA 30/13 R –

*Anmerkung siehe Besprechungsaufsatz von Dr. Denis Hedermann,
abgedruckt in diesem Heft S. 378 ff.* 408

KURZ NOTIERT

47. Kontaktseminar des Deutschen Sozialrechtsverbandes e.V.

am 23./24. Februar 2015 in Kassel 411

GESAMTSCHAU

V



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT**
19. JG. Heft 07/08, Juli/August
2015

Zitiervorschlag:
immolex 2015, Seite
immolex 2015/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR Dr. E.
GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. A. GRIEB
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER

EDITORIAL

Neues bei Steuern und Gebühren
Herbert Rainer 197

Impressum U3

LEITSÄTZE

Nr. 48 – 56 200

INSOLVENZ DES BESTANDNEHMERS

Das Bestandgeberpfandrecht in der Insolvenz des Bestandnehmers 202
Das gesetzliche Bestandgeberpfandrecht gem § 1101 ABGB stellt nach wie vor sowohl Bestandgeber als auch Insolvenzverwalter vor Herausforderungen bei der Abwicklung von Insolvenzverfahren. Die praktische Bedeutung des Bestandgeberpfandrechts in der Insolvenz des Bestandnehmers wird weithin unterschätzt; Bestandgeber nutzen ihre Rechte oftmals nicht optimal aus.
Philipp Dobner

Bestandnehmerinsolvenz ist nicht gleich Bestandnehmerinsolvenz 206
Durch die Einführung der Bestimmungen in §§ 12 c, 25 a und 25 b Abs 2 IO im Zuge des IRÄG 2010 hat sich die Ausgangssituation von Bestandgebern – insb dann, wenn ihre Bestandnehmer im Bestandobjekt ein Unternehmen betreiben – weitgehend geändert. Seither ist unklar, welche vertraglichen Vorsorgeklauseln im Bestandvertrag für den Fall der Insolvenzeröffnung über das Vermögen des Bestandnehmers noch zulässig sind.
Andrea Wegscheider

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Zur Auslegung eines Beschlusses der Eigentümergeinschaft
Christoph Kothbauer 228

MIETRECHT

OGH 18. 11. 2014, 5 Ob 143/14 m • Nebenarbeit zu Erhaltungsarbeiten (*Matthias Cerba*) 210
OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 160/14 i • Abgrenzungskriterien Streitiges/außerstreitiges Verfahren bei Beseitigungsanspruch des Mieters (*Wolfgang Ruckebauer*) 211
OGH 18. 2. 2015, 7 Ob 178/14 y • Zur Rückkehrabsicht der besachwalteten Mieterin (*Andreas Grieb*) 212
OGH 16. 12. 2014, 5 Ob 188/14 d • Lagezuschlag (*Matthias Cerba*) 213
OGH 18. 3. 2014, 3 Ob 241/14 h • Mitmieter und Eintrittsberechtigte (*Franz Pfiel*) 214
OGH 28. 4. 2015, 10 Ob 36/15 i • Schutzwürdiges Interesse des Mieters am Fortbestand des Mietverhältnisses (*Wolfgang Ruckebauer*) 215
OGH 23. 4. 2014, 4 Ob 53/14 v • Konkludenter Mietvertragsabschluss 216



WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

- OGH 24. 2. 2015, 5 Ob 205/14 d • Einzelrechtsnachfolge nach dem 30. 6. 2002 – Schriftformerfordernis für Bindung an eine konkludente Benützungsvereinbarung (*Christian Prader*) 216
- OGH 27. 1. 2015, 5 Ob 3/15 z • Vereinfachte Bezeichnung der Parteien im Antrag im wohnrechtlichen AußStrVerf (*Markus Hagen*) 220

GRUNDBUCHSRECHT

- OGH 21. 4. 2015, 3 Ob 31/15 b • Verletzung eines dinglichen Rechts (*Alexander Klein*) 222

EXEKUTIONSRECHT

- OGH 28. 3. 2014, 2 Ob 108/13 s • Entstehen einer offenkundigen Dienstbarkeit durch Zuschlagserteilung im Zwangsversteigerungsverfahren 222

ABGABENRECHT

- VwGH 29. 1. 2015, 2012/15/0007, 0008 • Kein Vorsteuerabzug: Leasingvertrag erfüllt für sich allein nicht die Voraussetzungen einer Rechnung (*Karin Fuhrmann*) 223
- BFG 4. 3. 2015, RV/7102918/2011 • Erwerb eines sanierten Gebäudes nur bei Bindung an vorgegebenes Sanierungskonzept (*Karin Fuhrmann*) 225



ecolex – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

Jahresabonnement 2015: EUR 267,- (inkl. Versand im Inland)
Erscheint 2015 im 26. Jahrgang. Erscheint monatlich.



ecolex Juli Schwerpunkt „Drohnen“

Im Fokus der Drohne: Die Freiheit des Straßenbilds (*Christian Handig*)

Erlaubt das Luftfahrtrecht die kommerzielle Nutzung von Drohnen? (*Christian Schmelz/Mark Tuttinger*)

Drohnen und Datenschutz: ein europäisches Problem (*Günther Leissler*)

Nachsatz: Lauter unlautere Drohnen? (*Michael Woller/Dominik Hofmarcher*)

Jetzt in der ecolex 07/2015

Einzelheft EUR 26,30 bestellen unter 01/531 61-100

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1014 Wien www.manz.at

MANZ



Praxis des
Internationalen
Privat- und
Verfahrensrechts

IPRax

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Dieter Henrich
Prof. Dr. Burkhard Hess
Prof. Dr. Bernd von Hoffmann (†)
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erik Jayme
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Herbert Kronke
Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel
Prof. Dr. Karsten Thorn

Schriftleitung:

Prof. Dr. Heinz-Peter Mansel
Institut für internationales und
ausländisches Privatrecht
der Universität zu Köln
Gottfried-Keller-Straße 2
D-50931 Köln

Beirat:

Dr. Thomas Försterling
Rechtsanwalt
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhold Geimer
Dr. Rainer Hübtege
Vors. Richter am OLG
Prof. Dr. Jörg Pirrung
Richter am EuG i.R.
Dr. Dietrich Schefold
Rechtsanwalt

Abhandlungen

J. Hoffmann: Die Buttonlösung bei
grenzüberschreitenden Vertrags-
schlüssen 193

Entscheidungsrezensionen

J. von Hein: Betreuungsrechtliche
Genehmigungserfordernisse zur
Veräußerung von Immobilien –
Internationale Zuständigkeit und
anwendbares Recht (EuGH, S. 235) 198

A. Stadler: Die Einheitlichkeit des Ver-
brauchervertragsbegriffs im Europäi-
schen Zivil- und Zivilverfahrensrecht –
Zu den Grenzen rechtsaktübergrei-
fender Auslegung (EuGH, S. 237) 203

J. Pirrung: EuEheVO und HKÜ: Steine
statt Brot? – Eilverfahren zur Frage
des gewöhnlichen Aufenthalts eines
vier- bis sechsjährigen Kindes
(EuGH, S. 239) 207

M. Andrae: Erste Entscheidungen
des EuGH zu Art. 12 Abs. 3
EuEheVO (EuGH, S. 244 und
EuGH, S. 247) 212

T. Helms: Selbständige Anfechtbar-
keit einer Zwischenentscheidung
über die internationale Zuständigkeit
in Familiensachen der freiwilligen
Gerichtsbarkeit (OLG Stuttgart,
S. 251) 217

R. Hübtege: Grenzüberschreitende
Wohngeldzahlungen
(LG Frankfurt a.M., S. 254) 220

W.-H. Roth: Maßgebliche Kollisions-
normen im deutsch-dänischen
Rechtsverkehr (OLG Koblenz,
S. 255) 222

M. Kramme: Die kollisionsrechtliche
Behandlung der Erwerberhaftung
bei Firmenfortführung vor und nach
Inkrafttreten der Rom-Verordnungen
(BGH, S. 257) 225

D. Henrich: Leihmütterkinder: Wessen
Kinder? (BGH, S. 261) 229

S.L. Gössl: Verfassungsrechtlicher
Schutz „hinkender Ehen“ und der
Annäherungsgrundsatz
(OLG Frankfurt a.M., S. 267) 233

Rezensierte Entscheidungen
(s. Seite III) 235

Blick in das Ausland

S.L. Gössl: Materieprivatrechtliche
Angleichung der personenstands-
rechtlichen Eintragung bei hinkenden
Statusverhältnissen (Schweiz. VG
St. Gallen, 19.8.2014 – B 2013/158) 273

A.R. Markus: Erfüllungsortsverein-
barungen und Konzentrationsprinzip
beim Vertragsgerichtsstand unter
dem System von Brüssel und Lugano
(Schweiz. BGer, S. 271) 277

J. Griebel: Investitionsschiedsurteile
in US-amerikanischen Aufhebungs-
verfahren – Überprüfbarkeit von
investitionsrechtlichen Klauseln zur
Erschöpfung des nationalen Rechts-
wegs (US Supreme Court, 5.3.2014
– No. 12-138) 282

Mitteilungen (s. Seite III) 285

Internationale Abkommen 288

Schrifttumshinweise 289

Neueste Informationen II, IX



36. Jahrgang
Heft 29
17. Juli 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeyen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH zur Fortsetzung einer GmbH nach Insolvenzeröffnung	A 55	Nr. 209
BGH zur Zulässigkeit des „Framing“	A 55	Nr. 210
BGH: Verjährung der Ansprüche wegen fehlerhafter Anlage- beratung	A 55	Nr. 211
OLG Stuttgart: Reportage zu Werkverträgen bei Daimler zulässig . .	A 55	Nr. 212
OLG Frankfurt/M. zur Haftung für unlautere Anwaltswerbung . . .	A 56	Nr. 213
BRat verabschiedet BilRUG.	A 56	Nr. 214
BReg: Reform der Abschlussprüfer-Aufsicht.	A 56	Nr. 215
Tarifeinheitsgesetz in Kraft	A 56	Nr. 216
EU: Konsultation zu Verträgen beim Onlinekauf	A 56	Nr. 217

Aufsätze

<i>Jochen Hoffmann, Erlangen</i>	Personalsicherheiten als Außergeschäftsraumverträge	1365
<i>Katharina Stüber, Mannheim</i>	Bekanntmachungen von durchgeführten Transaktionen im Rahmen von Mitarbeiteraktienprogrammen nach der Safe Harbor-VO	1374

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH	5. 5. 2015 – XI ZR 214/14 +	Unwirksamkeit der Kündigungsklausel in Nr. 26 Abs. 1 AGB-SpK	1380
-----	-----------------------------	--	------

Dieser Ausgabe liegt das Register für das 1. Halbjahr 2015 bei.

BGH	5. 5. 2015 – XI ZR 406/13 +	Verbraucherdarlehensvertrag und der Darlehenstilgung dienende Kapitallebensversicherung keine verbundenen Geschäfte	1383
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht			
BFH	15. 4. 2015 – I R 44/14 +	Keine Passivierung einer Verbindlichkeit mit qualifiziertem Rangrücktritt (m. Anm. Günter Kablert)	1386
OLG Düsseldorf	30. 4. 2015 – I-3 Wx 61/14	Bestellung eines Nachtragsliquidators zur gerichtlichen Geltendmachung einer Forderung der gelöschten GmbH gegen ihren Gesellschafter	1391
LAG Hamm	30. 1. 2015 – 10 Sa 828/14	Zur Existenzvernichtungshaftung von Nicht-Gesellschaftern oder früheren Gesellschaftern	1392
Vertrags- und Haftungsrecht			
BGH	18. 6. 2015 – III ZR 198/14 +	Keine Verjährungshemmung durch Mustergüteantrag ohne Individualisierung des geltend gemachten Anspruchs	1395
Insolvenz- und Sanierungsrecht			
BGH	11. 6. 2015 – IX ZR 110/13	Zur Verrechnung einer Zahlung auf ein Kontokorrentkonto mit dem Darlehensrückzahlungsanspruch des Kreditinstituts	1398
BGH	11. 6. 2015 – IX ZB 50/14	Zur Erstattung des Sach- und Personalaufwands für die dem Insolvenzverwalter übertragenen Zustellungen	1401
BSG	17. 3. 2015 – B 11 AL 9/14 R	Kein erneutes Insolvenzgeld für zweites Insolvenzverfahren trotz Aufhebung des ersten Verfahrens bei fortdauernder Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	1402
AG Köln	6. 5. 2015 – 72 IN 514/13	Zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen einer titulierten, aber nur vorläufig vollstreckbaren Forderung des antragstellenden Gläubigers	1404
Arbeits- und Sozialrecht			
BAG	14. 4. 2015 – 1 AZR 794/13	Zum Nachteilsausgleich bei einer Betriebsstilllegung	1406
Verfahrens- und Vollstreckungsrecht			
BGH	16. 4. 2015 – IX ZB 41/14	Berechnung des Pfändungsfreibetrags des unterhaltspflichtigen Schuldners unter Abzug des von anderen Pflichtigen gewährten Naturalunterhalts	1409
BGH	4. 2. 2015 – VII ZB 36/14	Zum Rechtsweg für Klage des Unternehmers auf Rückzahlung von Provisionen eines Einfirmenvertreters wegen Vertragsstornierungen	1411
BGH	21. 4. 2015 – II ZR 255/13	Kein Urteil vor Ablauf einer gesetzten Schriftsatzfrist (LS)	1412

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Andreas Dietz*, Augsburg, „Frieden schaffen ohne Waffen“? – Die Widerspruchspflicht des Bundesministers der Verteidigung gegen militärisch unerfüllbare Einsatzaufträge nach Art. 65 a GG 585
- Martin Heidebach*, München, Die NSA-Affäre in Deutschland – Stößt der Grundrechtsschutz an seine Grenzen? 593
- Andreas Hitzel*, Frankfurt am Main, Die Beschränkung des Unbeschränkbaren – Zu den Grundlagen eines möglichen Insolvenzrechts für Staaten 600
-

Kleinere Beiträge

- Tobias Schmalzhaf*, Ludwigshafen am Rhein, EPSAS und der Weg zum doppelten Glück?! – Erwiderung auf *Ralf Gerhards*, DÖV 2015, 319 ff. 609
- Ralf Gerhards*, Mannheim, EPSAS – Die EU auf dem Irrweg! Eine abschließende Bemerkung zur Replik von *Tobias Schmalzhaf* (in diesem Heft, S. 609 ff.) 613
-

Buchbesprechungen

- Stefan Städter*, Noch Hüter der Verfassung? – Das Bundesverfassungsgericht und die europäische Integration (*Stefan Koriath*) 616
- Theresa Ilgner*, Die Durchführung der Rechtsakte des europäischen Gesetzgebers durch die Europäische Kommission – Art. 290 und Art. 291 AEUV und deren Auswirkungen auf die Komitologie (*Wolfgang Weiß*) 617
-

Rechtsprechung

- BVerwG*, NK-Urteil vom 26.11.2014 – 6 CN 1.13 – Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen; Normenkontrolle; Antragsbefugnis 618
-

Leitsätze

Verfassungsgerichte

431. *BVerfG*, Beschluss vom 24.3.2015 – 1 BvR 2880/11 – Unterschiedliche grunderwerbsteuerliche Behandlung von amtlicher und freiwilliger Baulandumlegung 625
432. *BVerfG (Kammer)*, Beschluss vom 26.2.2015 – 1 BvR 1036/14 – „Kollektivbeleidigung“ nur bei Bezug zu einer hinreichend überschaubaren und abgegrenzten Personengruppe 625
433. *BVerfG (Kammer)*, Beschluss vom 17.4.2015 – 1 BvR 3276/08 – Zum Grundsatz der Rechtswegerschöpfung gegen sitzungspolizeiliche Anordnungen 625

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

434. *BVerwG*, Beschluss vom 25.3.2015 – 9 B 25.14 – Wasserverbandsumlage; nachwirkende Veranlagung; Reduktion der Schadstofffracht 625
435. *VGH BW*, Urteil vom 20.3.2015 – 2 S 1327/14 – Erschließungsbeitrag; erstmalige endgültige Herstellung; zeitliche Obergrenze der Beitragserhebung 625

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

436. *VGH BW*, Beschluss vom 9.3.2015 – 9 S 412/15 – Nachteilsausgleich; Prüfungszeitverlängerung 625



Polizei- und Ordnungsrecht

437. *NdsOVG*, Beschluss vom 22.4.2015 – 11 ME 58/15 – Erkennungsdienstliche Behandlung; Feststellung äußerer körperlicher Merkmale im Intimbereich 626

Kommunalrecht

438. *SächsOVG*, Urteil vom 13.4.2015 – 5 A 670/13 – Erlass rückwirkender Satzungen durch einen Zweckverband..... 626

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

439. *NdsOVG*, Beschluss vom 23.4.2015 – 8 PA 75/15 – Zur isolierten Anfechtbarkeit einer Anordnung zur ärztlichen Untersuchung 626

Gesundheits- und Lebensmittelrecht

440. *NdsOVG*, 15.4.2015 – 13 LC 284/12 – Krankenhausplanung; Brustkrebszentrum; Gewährung eines Zentrumzuschlags..... 626

Bau- und Planungsrecht

441. *VGH BW*, NK-Urteil vom 11.12.2014 – 8 S 1400/12 – Einschränkung bestehender, aber noch nicht verwirklichter Baurechte zur Bewahrung des Stadtklimas; Planerhaltung; Fristberechnung 626
442. *VGH BW*, Urteil vom 29.1.2015 – 8 S 450/13 – Überleitungsfähigkeit alter städtebaulicher Pläne 626
443. *VGH BW*, NK-Urteil vom 11.3.2015 – 3 S 156/14 – Inanspruchnahme eines Grundstücks für eine öffentliche Verkehrsfläche 627

Naturschutz- und Umweltrecht

444. *OVG NRW*, Urteil vom 25.2.2015 – 8 A 959/10 – Rügefähigkeit von UVP-Verfahrensfehlern 627
445. *VGH BW*, Urteil vom 12.3.2015 – 10 S 1169/13 – Betrieb einer Biogasanlage; störfallbezogene Vorgaben 627

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

446. *VGH BW*, Beschluss vom 31.3.2015 – 10 S 2417/14 – Fahrerlaubnisentziehung; Punktsystem; Übergangsvorschriften..... 627

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

447. *BVerwG*, Urteil vom 25.3.2015 – 1 C 19.14 – Erlöschen eines assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts infolge Auslandsaufenthalts 628

Gerichtsverfahrensrecht

448. *BVerwG*, Beschluss vom 25.3.2015 – 9 B 65.14 – Wiedereinsetzung; Telefax; mündliche Einzelanweisung..... 628
449. *OVG NRW*, Beschluss vom 25.3.2015 – 13 D 27/14 – Unvereinbarkeit von Prozessvertretung und Richteramt 628
450. *SächsOVG*, Beschluss vom 22.4.2015 – 5 A 516/13 – Wiedereinsetzung; Büroorganisation; Überwachungspflicht des Rechtsanwalts 628

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 21/2015



Inhalt

Aufsätze

- L. Klöhn*, Ad-hoc-Publizität und Insiderverbot nach „Lafonta“ 809
D. Zetzsche, Normaler Geschäftsgang und Verschwiegenheit als Kriterien für die Weitergabe transaktionsbezogener Insiderinformationen an Arbeitnehmer – Überlegungen zu Art. 10 I und 17 I der Marktmissbrauchsverordnung 817
M. Bock, Nachzahlbare Vorzugsdividende und Sonderbeschluss bei Aktienzusammenlegungen 824

Bericht

- J. Bremer*, Neuere Entwicklungen in Brüssel 827

Rechtsprechung

Kapitalgesellschaftsrecht

- OLG Frankfurt a.M. 26. 1. 15 – 16 U 56/14 Berechnungsdurchgriff im Vertragskonzern bei Anpassung der Betriebsrenten im Rahmen des § 16 BetrAVG 829
OLG Naumburg 30. 3. 15 – 1 U 113/14 Verstoß gegen Geschäftsführerpflicht durch vorzeitige Beendigung eines Leasingvertrags (Ls.) 831
OLG Stuttgart 2. 12. 14 – 20 AktG 1/14 Voraussetzungen der rechtlichen Einheit von Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit vorangegangenen Business Combination Agreement (Ls.) 831
OLG Koblenz 30. 4. 15 – 10 U 35/15 Haftung einer Versicherungsmakler-GmbH wegen zurechenbarer Falschberatung ihres Geschäftsführers (Ls.) 832
LSG Berlin-Brandenb. 23. 4. 15 – L 2 U 55/13 Haftung eines Bevollmächtigten für Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung bei Insolvenz der Zweigniederlassung einer englischen Limited (Ls.) 832

Kapitalmarktrecht

- OLG Dresden 5. 3. 15 – 8 U 1242/14 Objektgerechte Beratung auch nach FRUG 832
VG Frankfurt a.M. 19. 11. 14 – 2 K 1675/13.F Grenzen des Designated Sponsoring (Ls.) 833

Handels- und Registerrecht

- OLG Hamm 7. 5. 15 – 27 W 51/15 Eintragungsfähiger c/o-Zusatz in GmbH-Geschäftsanschrift 833

Vereinsrecht

- OLG Bremen 12. 5. 15 – 5 W 9/15 Erbausschlagung durch gesetzlichen Vertreter eines Vereins gegenüber Nachlassgericht 833
VG Düsseldorf 30. 4. 15 – 6 K 2894/13 Keine Grundrechtsfähigkeit eines Arbeitgeberverbands mit überwiegend öffentlich-rechtlichen Mitgliedern (Ls.) 835

Verfahrens- und Kostenrecht

- BGH 28. 4. 15 – II ZB 19/14 **Beitritt des besonderen Vertreters zur Anfechtungsklage gegen Beschluss über die Verfolgung von Ersatzansprüchen und seine Bestellung** 835

Insolvenzrecht

- BGH 12. 3. 15 – V ZB 41/14 **EuGH-Vorlage zur Einordnung von Grundsteuerforderungen als privilegiertes dingliches Recht im Rahmen der EuInsVO (Ls.)** 838

Arbeitsrecht

- BAG 10. 3. 15 – 3 AZR 739/13 **Berechnungsdurchgriff auf Grund Beherrschungsvertrags – Betriebsrente** 838

Steuerrecht

- BFH 15. 1. 15 – IR 69/12 **Schlussurteil zu den EuGH-Urteilen Meilicke I und Meilicke II: Anrechnung niederländischer und dänischer Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer** 843
- BFH 16. 4. 15 – IV R 1/12 **Minderheitsbeteiligung des Kommanditisten von weniger als 10 % an der Komplementär-GmbH regelmäßig kein notwendiges Sonderbetriebsvermögen II (Ls.)** 848
- BFH 14. 4. 15 – IX R 35/13 **Vergütung für die Verpfändung eines GmbH-Anteils zur Sicherung eines Darlehens in einer Dreieckskonstellation – Begriffe der wiederkehrenden Bezüge und der sonstigen Leistung (Ls.)** 848
- BFH 16. 9. 14 – VIII R 5/12 **Gewerbliche Tätigkeit einer Moderatorin von Verkaufsendungen (Ls.)** 848

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 385,- (darin € 25,19 MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 359,- (darin € 23,49 MwSt.). Einzelheft: € 14,- (darin € 0,92 MwSt.). **Versandkosten jeweils zuzüglich.** Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.



[ˈʃpa:rkassən] **WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN**



Foto: Eric Bant - Kevif

6



Foto: T. Lechner

14



10

Foto: Stephanie Jurek



16

Foto: Kevin Kain - Leppolders

● IM FOKUS

● 4

Forum

● ECONOMY

● 6

Neue Definitionen von Armut
Gespräch: Andreas Treichl und
Konrad P. Liessmann

10

Sie haben (0) neue Nachrichten
Neue Arten der Zusammenarbeit

12

Börse = Wachstumsmotor
Interview mit Birgit Kuras

14

Starke Maschinen
Das Traditionsunternehmen
Liebherr

● LAND UND MÄRKTE

● 16

Kein ‚too small to succeed‘-
Problem schaffen
Interview mit Georg Fahrenschon

18

Echte Pioniere
Das Pioneers Festival als Kern
der Start-up-Szene

20

CrossCloud
Akademische Start-up-Gründer

21

EU-Institution im Schatten von
Kommission, Parlament und Rat
Der Europäische Wirtschafts- und
Sozialausschuss

● WERTE

● 22

Die größte Reise
Die Gründerszene in Österreich
ist vor allem auch migrantisch

24

Unternehmertum als Antwort
auf soziale Ausgrenzung
Europas größte
ethnische Minderheit

● FINALE

● 26

Fünf Fragen an ...
Die Modemacherin Lena Hoschek

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Rottenwallner, Rechtsfragen beim Bau von Ortsstraßen an oder auf der Gemeindegrenze — **473**
Heinze, Judex legibus solutus? — **481**

Ausbildung und Prüfung

Lösungsskizze zur Aufgabe 8 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2010/2 (Text s. BayVBl. 2015, 466) — **502**

Literatur

Drost/Ell, Das neue Wasserrecht in Bayern (Heermann) — **506**
Drost/Ell, Wasserrecht in Bayern (Heermann) — **507**
Bertl, Vom korporativen zum marktwirtschaftlichen Denken (Hablitzel) — **508**
 Neuerscheinungen — **508**

Notizen

U. a. Nachrichten, Neues aus der Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BVerfG	B.v. 27.01.2015	1 BvR 471/10 und 1 BvR 1181/10	Bekennnisoffene Gemeinschaftsschule; Lehrkraft; Bedeckungsgebot; islamisches Kopftuch; gesetzliches Verbot religiöser Bekundungen; Verhältnismäßigkeit; staatliche Neutralität; hinreichend konkrete Gefahr; Schulfriede; Privilegierung zugunsten christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen (Fortsetzung und Schluss von BayVBl. 2015, 445 ff.) — 484 Anmerkung <i>Wolff</i> — 489
BayVGH	U.v. 27.11.2014	14 BV 13.470	Beihilfe; Leistungsausschluss für persönliche Behandlungen durch nahe Angehörige (mit Ausnahme von Sachkosten); Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht (bejaht) — 494
	U.v. 24.07.2014	20 B 14.744	Herstellungsbeitrag zur Entwässerungseinrichtung; Vollgeschossmaßstab; nicht homogene Siedlungsstruktur; Gebäudebegriff; überschießende Dachflächen beitragsfreier Gebäude; Abzugsposten; nachträglicher Wegfall des Anschlussbedarfs; Beitragsrückerstattung — 497
BVerwG	U.v. 21.01.2015	9 C 1.14	Erschließung; Erschließungsbeitrag; Ablösungsvertrag; Ablösungsvereinbarung; Ablösungsbetrag; Missverhältnis; Missbilligungsgrenze; Beitragserhebungspflicht; Abgabengerechtigkeit; Mehrkosten; inflationsbedingt; ausstattungsbedingt; Nacherhebung; Nacherhebungsrecht; Inflation; Preissteigerung; Wegfall der Geschäftsgrundlage — 499

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

OLG Nürnberg U.v. 19.08.2014 **4 U 874/14**

Schadensersatz; subjektbezogene Schadensbetrachtung; Beschädigung eines subventionierten Feuerwehrfahrzeugs — **501**

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>RA Dr. Michael Tsambikakis, Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für Medizinrecht, Köln</i> medstra-statement: Keine Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht	193
<i>RA Dr. Hans-Hermann Aldenhoff, LL.M. (University of Sydney) / RAin Susanne Valluet, Maître en Droit (Montpellier)</i> Entwurf des BMJV zur Korruption im Gesundheitswesen (§ 299a StGB)	195
<i>Prof. Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin</i> Fit for fun? – Zur Einwilligung eines Sportlers in ärztliche Eingriffe im Interesse der Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit	199
<i>PD Dr. iur. Dorothea Magnus, LL.M. Universität Hamburg / Christoph Bublitz, Universität Hamburg / Dr. med. Dimitris Repantis, Facharzt für Psychiatrie, Charité Berlin</i> Ärztliche Strafbarkeitsrisiken beim Verschreiben von Arzneimitteln für medizinisch nicht indizierte lifestyle Zwecke ...	205
<i>Prof. Dr. Alfred Simon, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Akademie für Ethik in der Medizin in Göttingen, Vorsitzender des Klinischen Ethikkomitees der Universität Göttingen</i> Betreuungsgerichtliche Genehmigung der stellvertretenden Einwilligung in den Behandlungsabbruch – Kommentar zum Beschluss des BGH vom 29.7.2014 aus Sicht eines klinischen Medizinethikers	214
<i>Wiss. Mit. Dr. Thomas Wostry, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Rechtsreferendar am Landgericht Düsseldorf</i> Der Abrechnungsbetrag in der jüngeren Rechtsprechung	217

Literaturübersicht

<i>Wiss. Mit. Lara Herbertz, LL.B., Redaktionsassistentin, Bucerius Law School, Hamburg</i> Beitragsübersicht Medizinstrafrecht Januar-März 2015	225
---	-----

Entscheidungen

EuGH	5. 2. 2015 – C-627/13 und C-2/14	Unerlaubtes Handeltreiben mit Grundstoffen – Ephedrin und Pseudoephedrin (Anm. Laurinat)	227
BGH	17. 9. 2014 – XII ZB 202/13	Genehmigung des Betreuungsgerichts bei Einstellung lebenserhaltender Maßnahmen	235
KG Berlin	4. 11. 2014 – 2 Ws 298/14	Untreue durch KV-Vorstände (Anm. Steinhilper)	240
OLG Oldenburg	18. 11. 2014 – 5 U 108/14	Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruches nach der Fristenlösung	246
LG Berlin	19. 1. 2005 – 538 Qs 155-157/14	Durchsuchung wegen des Verdachts des Abrechnungsbetruges (Anm. Krawczyk)	248

medstra aktuell

Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	II
Aktuelle Nachrichten	IV
Rechtsprechungsvorschau	VI
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte	VII



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Dipl.-Kfm., Rechtsanwalt (FAStR) und Steuerberater Dr. Andreas Grötsch, München</i> Strafrechtliche Verjährung der Hinterziehung von Ertragsteuern	249
<i>Rechtsanwalt Dr. Felix Podewils, Frankfurt a.M.</i> Steuerrechts-„Exegese“ durch den Staatsanwalt?	257

Rezensionen

<i>Leitender Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, Dessau-Roßlau</i> Rezension: Scholz, Kommentar zum GmbH-Gesetz, 11. Aufl. 2012–2015	263
---	-----

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

<i>Rechtsanwalt Dr. André-M. Szesny, LL.M., Düsseldorf</i> – Umweltstrafrecht –	265
--	-----

Entscheidungen

BGH	17. 3.2015 – 2 StR 379/14	Geldstrafe bei Beihilfe	268
BGH	11. 3.2015 – 1 StR 50/15	Konkurrenzen bei Computerbetrug	269
BGH	24. 3.2015 – 4 StR 52/15	Konkurrenzen bei Untreue	269
BGH	18. 3.2015 – 3 StR 644/14	Feststellungen zur unbilligen Härte	270
BGH	26. 3.2015 – 4 StR 463/14	Absehen von einer Verfallsanordnung	270
BGH	11. 2.2015 – 2 StR 210/14	Weitergabe von Blanko-Fahrscheinen	272
BGH	14. 1.2015 – 1 StR 93/14	Berechtigung zum Vorsteuerabzug	273
BGH	26. 2.2015 – 4 StR 233/14	Strafbarkeit von Schleusungen (LS)	279
BGH	16.12.2014 – KRB 47/13	Unternehmensgeldbuße gegen Rechtsnachfolger (LS)	279
BGH	11. 2.2015 – 1 StR 335/14	Mitteilung über Verständigungsgespräche	279
BFH	16.12.2014 – X R 42/13	Zugriff auf Kassendaten einer Apotheke	280
FG Rheinland-Pfalz	7. 1.2015 – 5 V 2068/14	Beihilfe zur Steuerhinterziehung	284
OLG Celle	30. 3.2015 – 1 Ws 90 und 91/15	Beschwerde gegen Einstellungsbeschluss	286
KG	16. 1.2015 – (4) 161 Ss 240/14 (280/14)	Geständnis aufgrund Verständigung und unzulässige Punktstrafe (LS)	288

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	V
Bericht aus der Gesetzgebung	
– Karenzzeit-Gesetzentwurf; Kommissionsvorschlag zur Änderung der RL 2011/16/EU betr. den Informationsaustausch über Steuervorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen (KOM [2015] 135 endg.) –	XI

Inhalt

„Jedes Gericht sollte bemüht sein, sich möglichst verständlich auszudrücken“

Im BFGjournal zu Gast: Univ.-Prof. Dr. Gerhart *Holzinger*, Präsident des Verfassungsgerichtshofes,
im Gespräch mit Dr. Angela *Stöger-Frank* 246

Konsequenzen einer Direktvorlage von Beschwerden **SCHWERPUNKT**
(BFG 22. 6. 2015, RV/7104260/2014; 22. 6. 2015, 7105344/2014 – Peter *Unger*) 249

Erster Tätigkeitsbericht des Bundesfinanzgerichts
Christian *Lenneis* 254

BFG (UFS) und Höchstgerichte: Avalprovision als sonstige Einkünfte
(VwGH 30. 4. 2015, 2012/15/0182; UFS 21. 8. 2012, RV/0474-5/11 – Markus *Knechtl*) 256

Angemessenheits- bzw. Marktkonformitätsprüfung bei Luxusimmobilien
(Martin *Pröhl*) 259

BFG und Höchstgerichte: Deutschkurse als (Teil einer) Berufsausbildung iSd FLAG
(VwGH 22. 4. 2015, Ro 2015/16/0008; BFG 28. 7. 2014, RV/7102176/2014 – Christian *Lenneis*) 267

Rückforderung der Familienbeihilfe wegen Änderung der Haushaltszugehörigkeit
(BFG 2. 4. 2015, RV/7101688/2015 – Wolfgang *Ryda*) 270

Cash-Pooling im internationalen Konzern
(BFG 30. 6. 2015, RV/5101410/2012 – Marco *Laudacher*) 273

Ein vergessener Verlustabzug ist ein verlorener Verlustabzug
(BFG 22. 4. 2015, RV/5101210/2011 – Klaus *Hirschler* | Gottfried *Sulz* | Christian *Oberkleiner*) 279

BFG und Höchstgerichte: Die Vermietung von Wohnraum im Brennpunkt der Liebhabereiverordnung und der Rechtsprechung des VwGH und EuGH
(VwGH 30. 4. 2015, Ra 2014/15/0015 – Reinhold *Beiser*) 282

BFG und Höchstgerichte: Unionsrechtskonforme Auslegung des Unternehmerbegriffs
(BFG 29. 6. 2015, RE/7100001/2015, beim EuGH anhängig unter C-340/15 – Christine *Kraft*) 290

Fristgebundene Eingaben im FinanzOnline-Verfahren: Maßgeblicher Zeitpunkt für die Rechtzeitigkeit
(BFG 30. 6. 2015, RV/2100759/2013 – Karl *Fink*) 295

Die Durchführung eines Erörterungstermins im Senatsverfahren ist Sache des Berichterstatters
(BFG 20. 5. 2015, RV/7103207/2012 – Angela *Stöger-Frank*) 298

BFG-Entscheidungen zu Gebühren und Verkehrsteuern
(Hedwig *Bavenek-Weber*) 300

Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht der zweiten und dritten Art
(Bernhard *Renner*) 306

OZw

Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



02
2015

42. Jahrgang

D3-784
WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

BEITRÄGE

- Ausgewählte Fragen des (Verwaltungs-)
Rechtsschutzes zum Bundes-Energie-
effizienzgesetz
(Christian Schmelz/Günther Grassl) 42-49
- Zivilrechtliche Übertragung von Energie-
einsparungen nach dem Energie-
effizienzgesetz
(Ferdinand Kerschner/Erika Wagner) . . . 50-58
- Weiterverrechnung der Kosten des
Energieeffizienzgesetzes durch Energie-
lieferanten – Voraussetzungen und
Grenzen
(Sebastian Reiter/
Wolfgang Urbantschitsch) 59-69
- Ökostromförderung in Deutschland im
Umbruch: Kurzübersicht über das
EEG 2014
(Thomas Rabl) 70-72

RECHTSPRECHUNG

- Wie das *Ålands Vindkraft*-Urteil im
Gewande des Umwelt- und Gesundheits-
schutzes national orientierte Erneuer-
baren-Fördersysteme aus der Schusslinie
bringt
(Franz Brudl) 73-82

LITERATUR

- Kment (Hrsg), *Energiewirtschaftsgesetz*
(Andreas Hauer) 83-84

Wissenschaftlicher Beirat

- RA Hon.-Prof. Dr. Wilhelm Bergthaler, Wien
Univ.-Prof. Dr. Arno Kahl, Universität Innsbruck
Univ.-Prof. MMag. Dr. Barbara Leitl-Staudinger,
Universität Linz
Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs, WU Wien
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer, Universität Wien
Univ.-Prof. Dr. Fritz Rüdler, Universität Wien
Univ.-Prof. MMag. Dr. Eva Schulev-Steindl, Universität Graz
Univ.-Prof. Dr. Stefan Storr, Universität Graz

Aufsätze

<i>Deckers</i> , Fehlervermeidung bei Staatsanwaltschaft und Polizei	265
<i>Püschel</i> , Fehlerquellen in der Sphäre von Staatsanwaltschaft und Polizei	269
<i>Sommer</i> , Die Wahrheit über den Vorsatz	278

Entscheidungen

Verfahrensrecht

StPO §§ 7 ff., 204: Die Prüfung der örtlichen Zuständigkeit erfolgt anhand des Anklagesatzes und ohne Tatverdachtsprüfung HansOLG Hamburg, Beschl. v. 22.4.2015 – 1 Ws 47/15	284
StPO § 154: Auch ein in Unkenntnis des Akteninhalts erlassener Einstellungsbeschluss ist ein Verfahrenshindernis OLG Naumburg, Beschl. v. 13.4.2015 – 2 Rv 42/15	285
StPO § 267: Anforderungen an die Darstellung der Wahllichtbildvorlage bei wiederholtem Wiedererkennen OLG Koblenz, Beschl. v. 10.6.2015 – 1 Ss 188/13	286
GVG § 21e: Die revisionsgerichtliche Kontrolle ist nicht auf eine Willkürprüfung beschränkt – Anforderungen an die Dokumentation unterjähriger Änderungen BGH, Urt. v. 21.5.2015 – 4 StR 577/14	287
GVG § 185; StPO § 112: Terminierungsdichte in Umfangsverfahren – Zur Arbeitsweise von durch die Polizei herangezogenen Übersetzern OLG Nürnberg, Beschl. v. 12.5.2015 – 1 Ws 141-143/15	288
IRG § 83: Abschiebung während laufender Hauptverhandlung führt zu einem Auslieferungshindernis OLG Köln, Beschl. v. 8.6.2015 – 6 AusLA 29/15–25	289
IRG § 83h: Fehlende Angabe der Tatzeit im EuHb als Verfahrenshindernis BGH, Beschl. v. 15.4.2015 – 2 StR 529/14	290

Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete

StGB §§ 15, 211; StPO § 261: Fehlende Auseinandersetzung mit vorsatzkritischen Umständen BGH, Urt. v. 17.6.2015 – 5 StR 75/15	290
StGB § 24: Das Vorstellungsbild des Täters entscheidet über Fehlschlag und Beendigung des Versuchs BGH, Beschl. v. 9.4.2015 – 2 StR 402/14	291
StGB § 73: Ein Gegenstand ist wirtschaftlich erlangt, sobald er in die eigene Verfügungsgewalt des Täters übergegangen ist BGH, Beschl. v. 14.4.2015 – 3 StR 2/15	292
StGB § 129a: Zum Begriff des Werbens BGH, Urt. v. 2.4.2015 – 3 StR 197/14	292
StGB § 185: Bezeichnung eines Richters als „Lügner“ und „Krimineller“ im Rahmen einer Dienstaufsichtsbeschwerde OLG Celle, Urt. v. 27.3.2015 – 31 Ss 9/15	293

StGB § 222: Sorgfaltspflichten eines ehrenamtlichen Übungsleiters HansOLG Hamburg, Beschl. v. 28.4.2015 – 1 Rev 13/15	297
--	-----

StGB § 263: Schadensgleiche Vermögensgefährdung in voller Höhe trotz Eigentumserwerbs BGH, Urt. v. 15.4.2015 – 1 StR 337/14	299
--	-----

JGG § 45: Ist ein TOA als erzieherische Maßnahme angeordnet, so genügt das Bemühen des Jugendlichen LG Osnabrück, Beschl. v. 21.5.2015 – 3 Qs/211 Js 43528/14 – 20/15	301
--	-----

AO § 370; ErbStG § 14; StGB § 52: Verschwiegene Vorschenkungen BGH, Beschl. v. 10.2.2015 – 1 StR 405/14 (BGHSt, nur Ls)	302
--	-----

OWiG § 30; GWB § 81; VO (EG) Nr. 1/2003 Art. 5: Gegen den Rechtsnachfolger kann auch bei unionsrechtskonformer Auslegung nur bei Nahezu-Identität ein Bußgeld verhängt werden BGH, Beschl. v. 16.12.2014 – KRB 47/13 (BGHSt, nur Ls)	302
---	-----

Strafvollstreckung/Strafvollzug

GG Art. 1; Verfassung von Berlin Art. 6; BGB § 839: Menschenwürdige Haftbedingungen	303
---	-----

– Gesamtschau zur Prüfung menschenwürdiger Unterbringung: Größe des Haftraums, Sanitärbereich, Einschlusszeiten, Hoffnungslosigkeit, Absehbarkeit der Dauer KG, Urt. v. 9.5.2014 – 9 U 326/12 (nur Ls)	303
---	-----

– Einschlusszeiten von regelmäßig 23 Stunden – Irrtum der Bediensteten über die Menschenunwürdigkeit KG, Urt. v. 2.12.2014 – 9 U 182/13 (nur Ls)	303
---	-----

– Monatliche Betrachtungsweise zur Entschädigungshöhe – Regelmäßige Entschädigung von 600 EUR – Verjährung läuft taggenau KG, Urt. v. 27.1.2015 – 9 U 232/12 (nur Ls)	303
--	-----

– Einschluss von 23 Stunden ohne jeden sozialen Austausch kann nicht durch eine Sicherungsverfügung gerechtfertigt werden KG, Urt. v. 17.2.2015 – 9 U 129/13 (nur Ls)	303
--	-----

StPO § 454a; StGB § 57a: Wurden Vollzugslockerungen zu Unrecht versagt, kann mit einer Anordnung nach § 454a StPO auf die Vollzugsbehörde eingewirkt werden OLG Celle, Beschl. v. 15.4.2015 – 2 Ws 34/15	304
---	-----

Gebühren- und Kostenrecht

RVG § 43; BGB § 305c: Keine Abtretung des Kostenersatzanspruchs in formularmäßig ausgestalteter Vollmachtsurkunde OLG Nürnberg, Beschl. v. 25.3.2015 – 2 Ws 426/14	305
---	-----

RVG § 51; BGB §§ 195, 199: Der Anspruch auf Bewilligung einer Pauschgebühr verjährt erst ab dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens (Aufgabe der bisherigen Rspr.) KG, Beschl. v. 15.4.2015 – 1 ARs 22/14	307
---	-----

VERGABE INFOLETTER

INFORMATIONEN ZUM ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSWESEN

Ausgabe Juli 2015/Nr. 4

BVergG-Novelle 2015 im Ministerrat beschlossen



Die Novelle 2015 zum Bundesvergabegesetz 2006 wurde am 7.7.2015 im Ministerrat beschlossen. Das Ziel der Novelle ist insbesondere der Entwicklung gegenzusteuern, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge in der Praxis fast ausschließlich auf Basis des Preises („Billigstbieterprinzip“) erfolgt, obwohl auch das aktuelle BVergG eine Präferenz des „Bestangebotsprinzips“ vorsieht. Die zwei wesentlichen Bestimmungen, um dieses Ziel zu erreichen, sind der neue § 79 Abs 3 BVergG und die weitergehende Transparenz bei der Subvergabe.

Das „Bestangebotsprinzip“ wird durch den neuen § 79 Abs 3 BVergG jedenfalls für die folgenden acht Konstellationen verpflichtend verankert: Geistige Dienstleistungen; Zulässigkeit von Alternativangeboten; funktionale Leistungsbeschreibung; wenn aufgrund der Natur der Sache oder der mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken keine vorherige globale Preisgestaltung der Leistung möglich ist; Abweichen von geeigneten Leitlinien, sofern dadurch keine vergleichbaren Angebote zu erwarten sind; bei Dienstleistungen, die durch vertragliche Spezifikationen nicht so genau festgelegt werden können, dass der Auftrag durch die Wahl des besten Angebotes im offenen oder nicht offenen Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung vergeben werden kann; mit der Leistung im Zusammenhang stehende zukünftige laufende bzw anfallende kostenwirksame Faktoren (zB Betriebs- und Erhaltungsarbeiten, Serviceleistungen, erforderliche Ersatzteil-Lagerhaltung, Entsorgung), die im Rahmen der Angebotsbewertung berücksichtigt werden sollen; **Baufträge, deren geschätzter Auftragswert mindestens eine Million Euro beträgt.**

Weiters wird auch die **Transparenz bei der Subvergabe** verstärkt. Der Bieter muss gemäß dem neuen § 83 Abs 2 BVergG bereits im Angebot alle Teile des Auftrages, die er im Wege von Subaufträgen an Subunternehmer zu vergeben beabsichtigt, sowie die jeweils in Frage kommenden Subunternehmer bekannt geben.

Der Auftraggeber kann gemäß dem neuen § 83 Abs 4 BVergG bei Bau- oder Dienstleistungsaufträgen sowie bei Verlege- oder Installationsarbeiten im Zusammenhang mit

Fachbeitrag

Zur Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen 2

Aktuelle Rechtsprechung (Slg 29–38)

EuGH: Keine Änderung der Mindestanforderungen nach Angebotsfrist	4
EuGH: Qualifikation des Teams als Zuschlagskriterium zulässig	5
Schlussanträge: Verjährung von Schadenersatzansprüchen	6
Schlussanträge: Fastweb weitet sich aus	7
VfGH: Parteistellung der Verwaltungsgerichte im Beschwerdeverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	8
VwGH: Vergaberecht spielt nicht auf der Wörthersee-bühne	9
VwGH: Grenzen der Rahmenvereinbarung gesprengt	10
BVwG: Was die EDV verbirgt	11
BVwG: Nullposition ohne Spekulation	12
BVwG: Neues zu Altlasten	13

Newsflash

Standardisierte Leistungsbeschreibung Verkehr und Infrastruktur Version 4 15

Rezensionen 15

einem Lieferauftrag vorschreiben, dass bestimmte **kritische Aufgaben vom Bieter selbst**, von einem mit diesem verbundenen Unternehmen, oder – im Falle der Teilnahme einer Arbeits- oder Bietergemeinschaft am Vergabeverfahren – von einem Mitglied dieser Arbeits- oder Bietergemeinschaft ausgeführt werden müssen.

Nach Zuschlagserteilung hat der Auftragnehmer jeden beabsichtigten Wechsel eines Subunternehmers oder jede beabsichtigte Hinzuziehung eines nicht im Angebot bekannt gegebenen Subunternehmers gemäß dem neuen § 83 Abs 5 BVergG dem Auftraggeber bekannt zu geben. Der Einsatz dieser Subunternehmer bei der Leistungserbringung darf nur nach vorheriger **Zustimmung des Auftraggebers** erfolgen.

Herausgeber:

➤ **Heid Schiefer
Rechtsanwälte**

www.verlagoesterreich.at

VERLAG
ÖSTERREICH



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Dr. Claire Feldhusen, Hamburg
Bearbeitungsgebühren bei Förderdarlehen 1397
- Rechtsanwalt Dr. Gernot J. Rößler, Berlin
Auswirkungen der vierten EU-Anti-Geldwäsche-Richtlinie auf die Kreditwirtschaft 1406

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- Bundesgerichtshof 2.7.2015 III ZR 149/14* Zur selbständigen verjährungsrechtlichen Behandlung verschiedener Aufklärungs- oder Beratungsfehler, wenn bezüglich eines Fehlers beziehungsweise Umstands Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis vorliegt (hier: eingeschränkte Fungibilität einer Kommanditbeteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds und fehlende Eignung der Beteiligung zur Altersvorsorge) 1413
- Kammergericht 2.10.2014 22 Kap 2/14 Zur Frage der Anfechtbarkeit von Beschlüssen über die Bekanntmachung des Musterverfahrensantrags nach § 3 Abs. 2 Satz 1 KapMuG 1415

Gesellschaftsrecht

- Bundesgerichtshof 28.4.2015 II ZB 13/14* Zur Frage, wann eine durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen aufgelöste GmbH fortgesetzt werden kann 1416
- Bundesgerichtshof 19.5.2015 II ZR 176/14* Zur Trennbarkeit der Niederschrift über die Hauptversammlung einer nicht börsennotierten AG in beurkundungsbedürftige Beschlüsse und Beschlüsse, bei denen die durch den Aufsichtsratsvorsitzenden unterzeichnete Niederschrift genügt; zur Frage, wie sich die Nichtigkeit einer von mehreren in einem Beschluss zusammengefassten Satzungsänderungen auf die übrigen Satzungsänderungen auswirkt 1417

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 22.1.2015 I ZB 77/14* Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Vermögensauskunft keine Voraussetzung für die Einholung von Drittauskünften gemäß § 802i ZPO 1422
- Bundesgerichtshof 11.6.2015 V ZB 160/14* Zum Nachweis der Wahrung der Monatsfrist gemäß § 115 Abs. 1 Satz 2 ZVG i. V. m. § 878 Abs. 1 Satz 1 ZPO bei einem Widerspruch gegen den Teilungsplan 1425
- Bundesgerichtshof 20.5.2015 VII ZB 50/14* Zur Pfändung eines Anspruchs eines Hafenslotsen auf Zahlung anteiligen Lotsgeldes 1427
- Bundesgerichtshof 11.6.2015 IX ZB 76/13* Keine Aufschlüsselung der Forderung nach Arbeitnehmern in einem Eröffnungsantrag eines Sozialversicherungsträgers notwendig, wenn von dem Schuldner gefertigte Datensätze vorgelegt werden (Aufgabe von BGH WM 2004, 1686) 1428

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof	12.12.2014	V ZR 36/14	Keine entsprechende Anwendung von § 1023 BGB auf den Dienstbarkeitsberechtigten, wenn die Ausübungsstelle rechtsgeschäftlich zum Inhalt der Dienstbarkeit gemacht worden ist	1430
Bundesgerichtshof	23.1.2015	V ZR 184/14	Zur Frage, ob der Eigentümer des mit einer Grunddienstbarkeit in Form eines Geh- und Fahrrechts belasteten Grundstücks von dem Dienstbarkeitsberechtigten das Verschließen eines auf dem Weg angebrachten Tores für die Zeit zwischen 22 Uhr und 7 Uhr beanspruchen kann	1432
Bundesgerichtshof	30.1.2015	V ZR 63/13	Zur Anwendung des § 1006 BGB, wenn der Besitzer behauptet, das Eigentum im Wege der Schenkung erworben zu haben; zur tatsächlichen Gewalt über Gegenstände, die sich in den Räumen des Arbeitgebers befinden	1434
Bundesgerichtshof	27.2.2015	V ZR 133/14	Zur Verjährung eines Schadensersatzanspruchs in entsprechender Anwendung des § 438 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b BGB wegen eines Rechtsmangels, wenn dieser in einem sonstigen dinglichen Recht besteht, das ohne Eintragung in das Grundbuch entstanden und (vorübergehend) gegen einen gutgläubig lastenfreien Erwerb geschützt ist (Belastung mit einem Abwasserleitungsrecht)	1438
Bundesgerichtshof	28.11.2014	BLw 2/14	Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen der Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks durch den Gesellschafter zu dem Zweck, dieses als Sonderbetriebsvermögen (§ 13 Abs. 7 i.V.m. § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG) in eine Personengesellschaft einzubringen, bei wertender Betrachtung dem Erwerb durch die Gesellschaft gleichzustellen ist	1441

Bücherschau

Markus Stoffels	AGB-Recht, 3. Aufl.	1444
Christian Schröder	Handbuch Kapitalmarktraferecht, 3. Aufl.	1444

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorfstraße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit Druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfern bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken auf dem Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



BEITRÄGE

Prof. Dr. Jürgen Keßler, Berlin
Private Enforcement durch Beseitigungsklagen
im deutschen und europäischen Kartellrecht929

RIOLG Dr. Martin Hohlweck, LL.M. (EUI/Florenz), Köln
Vom Pflügen mit fremdem Kalbe und anderen
anstößigen Verhaltensweisen - Der Schutz
bekannter Produkte durch § 4 Nr. 9 lit. b UWG934

PD Dr. Jan Eichelberger, LL.M., Jena
Rechtsprechungsreport Urheberrecht
2014 (Teil 2)941

Dr. Elmar Mand, LL.M. (Yale), Marburg
Preisbindung für verschreibungspflichtige
Arzneimittel vor dem EuGH950

**RA Mag. Dr. Lothar Wiltschek und RAIN
Dr. Katharina Majchrzak, Wien**
Wettbewerbs- und Markenrecht in
Österreich (Teil 1)957

RECHTSPRECHUNG

BGH

Fahrdienst zur Augenklinik
UWG §§ 3, 4 Nr. 11, § 8 Abs. 1 S. 1 Fall 2;
RL 2006/123/EG über Dienstleistungen im
Binnenmarkt Erw.-Gr. 33, Art. 2 Abs. 2 Buchst. f;
HWG § 1 Abs. 1 Nr. 2, § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1;
UmwG § 2 Nr. 1, §§ 4 ff., § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 3,
§§ 190 ff., § 202 Abs. 1 Nr. 1; Freistellungs-
Verordnung § 1 S. 1 Nr. 4 Buchst. e
BGH, Urteil vom 12.02.2015 - I ZR 213/13966

Mundspüllösung II
ArzneimittelG § 2 Abs. 1 Nr. 2 lit. a;
RL 2001/83/EG Art. 1 Nr. 2 lit. b
BGH, Urteil vom 08.01.2015 - I ZR 141/13969

Motorradteile
BGB § 199 Abs. 1; UrhG § 13 S. 1, §§ 97, 102 S. 2
BGH, Urteil vom 15.01.2015 - I ZR 148/13972

Digibet II
ZPO § 565 S. 2
BGH, Beschluss vom 07.05.2015 - I ZR 171/10976

Kosten für Abschluss schreiben II
BGB §§ 677, 683, 670; RVG-VV Nr. 2300
BGH, Urteil vom 22.01.2015 - I ZR 59/14979

**Gegenvorstellung gegen Festsetzung des
Werts des Beschwerdegegenstandes**
ZPO § 3
BGH, Beschluss vom 17.11.2014 - I ZB 31/14982

OLG Köln

Ungültige UVP auf Amazon Marketplace
UWG §§ 8 Abs. 4, 5 Abs. 1, Nr. 2
OLG Köln, Urteil vom 24.04.2015 - 6 U 175/14983

Goldankauf zu „Top Preisen“
BGB § 339 S. 2; UWG § 5
OLG Köln, Urteil vom 19.06.2015 - 6 U 173/14988

OLG Hamm

Rezeptammelstelle
UWG § 4 Nr. 11; ApoBetrO §§ 17, 24; ApoG § 11 a
OLG Hamm, Urteil vom 12.05.2015 - 4 U 53/15990

OLG Karlsruhe

Teil-Berufsausübungsgemeinschaft
UWG §§ 3, 4 Nr. 11; BOA Baden-Württemberg
§ 18 Abs. 1 S. 2, S. 3
OLG Karlsruhe, Urteil vom 25.02.2015 -
6 U 15/11 (14)992

OLG Frankfurt a. M.

**Wettbewerbsverstoß durch Vertrieb
sicherheitsgefährdender Garagentorantriebe**
UWG § 4 Nr. 11; ProdSG § 3 Abs. 1
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 21.05.2015 -
6 U 64/14996

Schutzbereich eines farbigen Stoffmusters
SGV 6/2002 Art 10; UrhG §§ 7, 97; UWG § 4 Nr. 9;
ZPO § 139
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 12.05.2015 -
11 U 104/14999

**Schutzumfang eines regional beschränkten
Unternehmenskennzeichens mit
beschreibenden Anklängen**
MarkenG §§ 14, 15
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 07.05.2015 -
6 U 39/141002

Urheberschutz für eine Bedienungsanleitung
ZPO § 767 Abs. 2; UrhG §§ 2, 15, 17 Abs. 2, 72,
§ 97 a; UWG § 8 Abs. 4; MarkenG §§ 14, 24;
BGB § 823
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 26.05.2015 -
11 U 18/141004

**Organisationsverschulden, Ordnungsgeld-
höhe und Kostenentscheidung bei Mindest-
ordnungsgeld**
ZPO § 890
OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 17.06.2015 -
6 W 48/151008

OLG Celle

MOVICOL-Zulassungsantrag
UWG §§ 3, 4 Nr. 11, 8, 17 Abs. 2 Nr. 1 b und c
OLG Celle, Urteil vom 19.02.2015 - 13 U 107/091009
Kommentar von RA Dr. Björn Kalbfus, LL.M.1015

OLG Thüringen

Reisegewerbekarte
BGB §§ 278, 339 S. 2; HwO § 1
OLG Thüringen, Beschluss vom 05.05.2015 -
2 U 41/151016

OLG Düsseldorf

**Zulässigkeit von Arzneimittelrabatten durch
ausländische Versandapotheke**
AEUV Art. 34, Art. 36; AMG a. F. § 78;
AMG § 78 Abs. 1 S. 4; UWG § 4 Nr. 11
OLG Düsseldorf, Beschluss vom 24.03.2015 -
I-20 U 149/131018

**Geltendmachung von Ansprüchen wegen
Verletzung einer Gemeinschaftsmarke durch
nicht in Gemeinschaftsmarkenregister
eingetragenen Lizenznehmer?**
GMV Art. 23 Abs. 1 S. 1
OLG Düsseldorf, Beschluss vom 31.03.2015 -
I-20 U 259/131020

OLG Hamburg

**Werbung mit Ergebnissen einer
Anwendungsbeobachtung**
UWG §§ 3, 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, 8 Abs. 1, 4 Nr. 11;
HWG § 3
OLG Hamburg, Urteil vom 29.01.2015 -
3 U 81/141021

LG Coburg

Werkstattbindung in der Kaskoversicherung
UWG § 5
LG Coburg, Urteil vom 09.04.2015 - 1 HK O 68/141025

LG Gießen

Mietwagenfahrt ohne vorherige Bestellung
UWG § 4 Nr. 11; PBefG § 49 Abs. 4 S. 2, § 47 Abs. 2
LG Gießen, Urteil vom 26.05.2015 - 6 O 59/141027

LG Halle

Einwilligung in Telefonwerbung
UWG § 7 Abs. 2 Nr. 2
LG Halle, Urteil vom 23.04.2015 - 8 O 94/141029

LEITSÄTZE 1031

BUCHBESPRECHUNG

PD Dr. Ronny Hauck, Karlsruhe
Krebs, Peter/Becker, Maximilian: Lexikon des
Wettbewerbsrechts1032

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.



14 2015

Inhalt

Aufsätze		<i>M. Rebentisch</i> , Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie im deutschen Immissionsschutzrecht	921
		<i>M. Kment</i> , Die öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung des Staates als Anlagenbetreiber	927
		<i>T. Schmitt/S. Wohlrab</i> , Haftung des Bundes in der Auftragsverwaltung am Beispiel des so genannten „Moratoriums“ für Kernkraftwerke	932
		<i>H. Lackner</i> , Das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG)	938
Kurze Beiträge		<i>C. Bamberger</i> , Der ruhende Verwaltungsprozess	942
		<i>P. F. Bultmann</i> , Wirtschaftsverwaltungsrecht im Grenzbereich zwischen wirtschaftlichem und hoheitlichem Handeln	944
Zur Rechtsprechung		<i>N. Däumichen</i> , Heilung fehlerhafter Zweckverbandsgründungen – Grundsatzentscheidung des OVG Bautzen	948
Mitteilungen		<i>H.-J. Müggenborg</i> , Düsseldorfer Abfallrechtstag 2015	950
Buchbesprechungen		<i>A. Engels</i> , Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung (<i>K. Lange</i>)	952
		<i>J. Dietlein/J. Hellermann</i> , Klausurenbuch Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen (<i>A. Heusch</i>)	952
		<i>D. Davydov/E.-R. Hönes/T. Otten/B. Ringbeck</i> , Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (<i>J. Wasmuth</i>)	953
		<i>W. Zimmerling/Robert G. Brehm</i> , Hochschulkapazitätsrecht. Bd. 1: Der Kapazitätsprozess, Hochschulkapazitätsrecht. Bd. 2: Verfassungsrechtliche Grundlagen – Materielles Kapazitätsrecht (<i>J. Müller</i>)	954
		<i>H. Schäfer/I. Schäfer</i> , Niedersächsisches Nachbarrechtsgesetz (NNachbG) (<i>J. Müller</i>)	954
Rechtsprechung			
EGMR	24. 7.14 – 28761/11	Geheime Gefängnisse der CIA für Terrorverdächtige in Polen	955
EuGH	23. 4.15 – C-424/13	Schutz von Tieren beim Transport (Ls.) Anm. <i>T. Guretzki</i>	963 963
BVerfG	24. 3.15 – 1 BvR 2880/11	Grunderwerbsteuerliche Behandlung von Baulandumlegungen	964

BVerwG	10. 12. 14 – 6 C 18/13	Verfassungsmäßigkeit eines telekommunikationsrechtlichen Entgelts	967
		Anm. M. Bergmann	983
BVerwG	16. 4. 15 – 4 CN 2/14	Normenkontrollantrag auf Feststellung von Ergänzungsbedürftigkeit	984
		Anm. A. Milstein	985
BVerwG	4. 12. 14 – 4 C 33/13	Umstellung einer Verpflichtungsklage auf Fortsetzungsfeststellungsklage	986
BVerwG	28. 11. 14 – 20 F 5/14	Berufungsbegründung kein tauglicher Gegenstand einer Sperrerklärung	989
BVerwG	4. 3. 15 – 6 B 58/14	Rechtsweg bei Vereinbarung eines Entgelts für Verbreitung von Programmen	991
BVerwG	15. 10. 14 – 9 C 8/13	Erhöhte Hundesteuer für Kampfhunde	992
OVG Münster	6. 11. 14 – 8 B 1101/14	Veröffentlichung von Umweltinspektionsberichten	996
BGH	3. 3. 15 – EnVR 44/13	Widerrufsvorbehalt in energiewirtschaftlichen Verfahren	999

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW
 Rechtsprechung in Pressemitteilungen
 Rechtsprechung in Leitsätzen
 Gesetzgebungsverfahren

V
 V
 VII
 VIII

Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Düsseldorf Start: 12.11.2015

Schermbeck Start: 24.09.2015 günstigerer Preis da eigene Seminarräume
 Nördliches Ruhrgebiet - ca. 40km von Essen

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
 seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
 Fax 07066 - 90 08 22
 Kontakt@ARBER-seminare.de
 www.ARBER-seminare.de

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen vom **VERLAG C.H.BECK**.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Helfen mit Herz.

Geldauflagen für kranke Kinder

Die Stiftung fördert im Universitätsklinikum Tübingen die bestmögliche Behandlung schwer kranker Kinder und ihrer Familien und hilft in Notlagen schnell und unbürokratisch.

Schenken Sie Zukunft – Helfen Sie jetzt durch die Zuweisung von Geldauflagen.

www.stiftung-fuer-kranke-kinder.de



Konto für Geldauflagen:

DE48 6415 0020 0002 0441 36
 SOLADES1TUB

Infotelefon: 07071 - 2981455

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
 Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 110241, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (069) 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49.
 E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2015: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 149,50 (darin € 9,78 MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 132,50 (darin € 8,67 MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,- (darin € 1,05 MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 237,50 (darin € 15,54 MwSt.); **Vorzugspreis** (w.o.) halbjährlich € 212,50 (darin € 13,90 MwSt.); Einzelheft NVwZ m. RR € 24,50 (darin € 1,60 MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter: Telefon: (089) 3 81 89-750, Telefax: (089) 3 81 89-358, E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

BAUTRÄGER

Wohnstudie: So wollen Herr und Frau Österreicher wohnen.

NEUER

Alles zum 42. Bundestag der Immobilien- und Vermögenstreuhänder in Wien.

D3-7122

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Handel im Portfolio

Handelsimmobilien stehen in der Gunst internationaler Investoren ganz oben. Die Nachfrage nach Objekten ist aber größer als das Angebot.



Gute Aussichten für Anleger!

Ihr Überblick über attraktive kurz- und langfristige Anlagemöglichkeiten im Aktuellen Wiener Zinhausmarktbericht.

www.ehl.at/marktberichte

An International Associate of **savills**

Wir leben Immobilien. **EHL**

AKTUELLES

- 6 Die Vermittlungsleistung hat ihren Wert!
Ein Kommentar von Michael Pisecky.
- 8 Neues Online-Bewertungstool
IMMOUnited stellt IMMOvaluation vor.
- 9 Immo-App des Monats
„Buy Sell Repeat“ ist eine Spiele-App für den An- und Verkauf von Objekten.
- 10 Knapp an der 7.000-Euro-Marke
Zoomsquare analysiert die Preisentwicklung in Salzburg-Stadt.
- 11 Master-Studiengang „Smart Cities“
Ab dem Wintersemester 2016/17 will die FH Salzburg dieses Novum anbieten.

THEMA

- 12 „Ein ewiger Dauerbrenner ist die Wohnrechtsnovelle“
Am 21. Mai wurde Georg Edlauer zum neuen Fachverbandsobmann gewählt. Im OIZ-Interview erklärt er, wie er sich ein modernes Wohnrecht vorstellt.
- 14 Neue Vergabekriterien für Wiener Gemeindewohnungen
Wer länger in der Stadt lebt, soll eher zum Zug kommen.
- 18 Substanz und Preis sind entscheidend
Die 3SI Immogroup spezialisierte sich auf den Kauf von Zinshäusern in Wien, deren Parifizierung und Revitalisierung. Im OIZ-Interview zeigt sich Geschäftsführer Michael Schmidt mit der Marktentwicklung zufrieden.
- 42 Wie die Österreicher wohnen wollen
Die Idylle auf dem Land beschert den Österreichern das größte Wohnglück, besagen die Ergebnisse einer aktuellen Befragung von s Real und Wohnnet.
- 44 Stabile Großwetterlage bei Immobilien
Bei der Präsentation des Immobilienpreisspiegels 2015 zeigte sich die Spitze des Fachverbands entspannt.

STEIERMARK SPECIAL

- 16 Mit Rebstöcken auf Du und Du
Der Wohnimmobilienmarkt der südsteirischen Weinstraße hat Charme – und ist weiterhin unterbewertet.

- 17 Etliche branchenfeindliche Bedingungen
Gerald Gollenz, der Fachgruppenobmann in der Steiermark, durfte sich kürzlich über die Wiederwahl zum stellvertretenden Fachverbandsobmann freuen.

COVERSTORY

- 36 Handel im Portfolio
Handelsimmobilien stehen in der Gunst internationaler Investoren ganz oben. Die Nachfrage nach Objekten ist aber größer als das Angebot.
- 40 Die Erste ihrer Art
Österreich bekommt in der Seestadt Aspern eine gemauerte Einkaufsstraße. Betrieben wird sie von der SES in einem Joint Venture mit der Stadt Wien. Im OIZ-Interview erläutert SES-Geschäftsführungs-Vorsitzender Marcus Wild das Pionierprojekt.
- 41 WKW-Kampagne gegen Leerstand
Das ServiceCenter Geschäftslokale macht mit einer Plakatkampagne auf Wiener Geschäftslokale aufmerksam, für die neue Mieter oder Eigentümer gesucht werden.

TIPPS & EVENTS

- 50 Lehrgang
Um „Fotografieren und Fotobearbeitung für Immobilienmakler“ geht es am 15. September 2015 in Hohenems.

RECHT & SERVICE

- 21 Rechtsfragen aus der Praxis
Mag. Rudolf North, Geschäftsführer der Fachgruppe Wien, antwortet.
- 23 Option zur Verlängerung eines befristeten Mietvertrags
Ein OIZ-Rechtstipp von FH-Doz. Mag. Christoph Kothbauer.
- 25 Bundestag 2015 Special
Alle Informationen rund um Anmeldung, Programm, Vorträge, Workshops und Unterhaltung am Bundestag 2015 zum Heraustrennen.
- 30 Serviceindizes
- 34 Das wirkliche Leben
Ein Kommentar von Mag. Hans Jörg Ulreich.

Fotos: Christian Kofler, Shutterstock, Lutz Böhmer, Axel Ewertz, Capital, Wohnen, Dünnebier, OIZ, SES, Immobilien



rdls
ZSR

Zeitschrift für Schweizerisches Recht
Revue de droit suisse
Rivista di diritto svizzero
Revista da dretg svizzer

Band 134 (2015) I · Heft 3

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- FRANÇOIS BOHNET/PASCAL JEANNIN, La maxime inquisitoire sociale
sous l'empire du CPC 223
- ISABELLE WILDHABER, Die Verantwortung von Experten beim Risiko-
management von Naturkatastrophen – Lehren aus L'Aquila für die
Schweiz 257
- GIUSEPPE DONATIELLO, Prescription des droits du travailleur exposé à
l'amiante: entre sécurité du droit et justiciabilité des droits subjectifs 281

Buchbesprechung

- URS FASEL, Schweizerische Rechtsgeschichte aus Eugen Hubers Feder,
Band 3 zur Schriftenreihe zu Eugen Huber (*Theodor Bühler*) 313



Journal of Business Law

Issue 5 2015

Table of Contents

Articles

The Marcotte Trilogy and the Further Fragmentation of Federal Banking Powers in Canada <i>M.H. Ogilvie</i>	383
Tael One Partners: Contractual Interpretation as an Iterative Process <i>Konrad Rodgers and Joe-han Ho</i>	393
A Growing Good Faith in Contracts <i>Julie-Anne Tarr</i>	410
Marine Insurance Law in Japan: A Structure Based on a Combination of Civil Law and English Marine Policy Wordings <i>Satoshi Nakaide</i>	416
Book Reviews	432

BKR Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht



Herausgegeben von: Paul Assies, Rechtsanwalt, Köln
Dr. Heiko Beck, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Helmut Bruchner, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover
Dr. Jürgen Ellenberger, Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Markus Escher, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M., Berlin
Prof. Dr. Mathias Habersack, München
Dr. Uwe Jahn, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Ralf Josten, LL.M., Rechtsanwalt, Köln
Prof. Dr. Jens Koch, Bonn
Prof. Dr. Hans-Michael Krepold, Gauting
Dr. Volker Lang, Rechtsanwalt, Bonn

Prof. Dr. Katja Langenbacher, Frankfurt
Klaus M. Löber, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Rainer Metz, Bundesministerium für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Pffingsten, Münster
Dr. Patrick Rösler, Rechtsanwalt, Heidelberg
Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf
Hartmut Strube, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Hanno Teuber, Rechtsanwalt, Frankfurt
Dr. Jürgen Vortmann, Rechtsanwalt, Cloppenburg
Dr. Wolfgang Weitnauer, M.C.L., Rechtsanwalt, München
Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

7/2015, Seite 265–308, 15. Jahrgang



Inhalt

Aufsätze

- RA Dr. Dieter Bohnert/
RA Dr. André-M. Szesny,
LL. M. **Geldwäscheverdachtsanzeige bei Kenntnisnahme von der Selbstanzeige eines Bankkunden? – Zum Umgang mit dem Rundschreiben der BaFin 01/2014 (GW) –** 265
- Im Rahmen ihres Rundschreibens 1/2014 (GW) hat die BaFin ausgeführt, dass die Kenntnis von einer strafbefreienden Selbstanzeige des Kunden die Anzeigepflicht des § 11 Abs. 1 GwG auslöst, „sofern die darin genannten Voraussetzungen vorliegen“. Diese Aussage hat zu einer erheblichen Unsicherheit auf Seiten der Kreditwirtschaft sowie einigem Unverständnis in der Literatur geführt. Die Verfasser analysieren das Rundschreiben und geben anschließend Antworten auf praxisrelevante Fragen zum Umgang mit dieser Thematik.
- Moritz Feuchter/
RAin Dr. Gertraud Bauer **Transparenz beim Vertrieb kapitalbildender Lebensversicherungen: Der Bankenvertrieb im Fokus aktueller Rechtsprechung** 271
- Die Frage der Offenlegung von Provisionsansprüchen beim Abschluss von kapitalbildenden Lebensversicherungen im Bankvertrieb hat im letzten Jahr sowohl den BGH als auch den Bundestag beschäftigt. Die Autoren beleuchten die gegenwärtige Rechtslage unter besonderer Berücksichtigung der aus dem Bereich der Anlageberatung bekannten Judikatur zu Rückvergütungen und geben Handlungshinweise zu einem rechtssicheren Umgang.
- RA Aljoscha Schmidberger **Inhalt und Reichweite von Verlustteilnahme- und Wiederauffüllungsklauseln von Genussscheinen - zugleich eine kritische Betrachtung der Entscheidung des LG München I v. 31. 7. 2014 – 5 HK O 27989/12** 274
- Der Aufsatz analysiert die gegenwärtig in hohem Maße präsenste Frage, wie die Verlustteilnahme- und Wiederauffüllungsklauseln von Genussscheinen im Hinblick auf Inhalt und Reichweite auszulegen sind. Der Bearbeiter nimmt dabei insbesondere in einem Verfahren Stellung, in denen eine höchstrichterliche Entscheidung der Rechtsfragen noch aussteht. Hierbei setzt er sich insbesondere mit einer Entscheidung des LG München I v. 31.7.2014 – 5 HK O 27989/12 kritisch auseinander.

Rechtsprechung

Kreditrecht

EuGH	18. 12. 2014 – C-499/13	Verbraucherkreditvertrag – Auslegung der RiL 2008/48/EG	281
OLG Bamberg	12. 5. 2015 – 4 U 205/14	Qualifizierte Zeitbürgschaft – Ausschlussfrist und Insolvenzanfechtung	286
LG Heidelberg	13. 1. 2015 – 2 O 230/14	Ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung in Darlehensverträgen trotz geringfügiger Abweichungen vom Muster der BGB-InfoV	289

Kapitalmarktrecht

OLG Frankfurt a. M.	28. 1. 2015 – 1 U 32/13	Anlage- und anlegergerechte Beratung einer Stiftung mit Anmerkung von RA Dr. iur. Johannes Stürner, Stuttgart	292
OLG Köln	20. 11. 2014 – 24 U 61/14	Zu den Anforderungen an eine hinreichende Aufklärung zur eingeschränkten Fungibilität von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds	295

Kontoführungsrecht

OLG Frankfurt a. M.	17. 12. 2014 – 17 U 221/13	Lastschriftinzug und Anspruch gegen Gläubigerbank	299
---------------------	----------------------------	---	-----

Rezension

Dr. Rafael Harnos	Timo Holzborn (Hrsg.), Berliner Kommentar zum Wertpapierprospektgesetz mit EU-Prospektverordnung und weiterführenden Vorschriften, 2. Aufl. 2014, Erich Schmidt Verlag, Berlin	308
-------------------	--	-----

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Redaktion:

RA Dr. Volker Lang (Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts)
Redaktionsassistentin: Claudia Baumanns
Rheinwerkallee 6, 53227 Bonn,
Telefon (02 28) 94 59 45-0,
Telefax (02 28) 94 59 45-55,
E-Mail: bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. **Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung**

und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des **Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.**

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-603, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telex: 5 215 4085 beck d, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Konto-Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2015: Jährlich 389,- € (darin 25,45 € MwSt.). **Einzelheft:** 37,50 € (darin 2,45 € MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestei- und

-register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358,
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

*Benjamin Kneihls***Die Gebote des Art. 3 Abs. 2 GRC als verfassungsgesetzlich
gewährleistete Rechte iSd. B-VG**

191

Rechtsprechung▶ **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**

- ▶ **Art. 2 EMRK**
Lambert u.a. gg. Frankreich (GK) (5.6.2015) 195
- ▶ **Art. 3 EMRK**
A. S. gg. die Schweiz (30.6.2015) 202
- ▶ **Art. 4 EMRK**
Chitos gg. Griechenland (4.6.2015) 204
- ▶ **Art. 6 EMRK**
Lhermitte gg. Belgien (26.5.2015) 209
Becker gg. Österreich (11.6.2015) 213
Schmid-Laffer gg. die Schweiz (16.6.2015) 217
- ▶ **Art. 8 EMRK**
Y. gg. Slowenien (28.5.2015) 220
K. M. gg. die Schweiz (2.6.2015) 225
Khoroshenko gg. Russland (GK) (30.6.2015) 228
- ▶ **Art. 10 EMRK**
Delfi AS gg. Estland (GK) (16.6.2015) 232
- ▶ **Art. 11 EMRK**
Manole und »Les cultivateurs directs de Roumanie«
gg. Rumänien (16.6.2015) 239
- ▶ **Art. 14 EMRK**
Identoba u.a. gg. Georgien (12.5.2015) 242
- ▶ **Art. 46 EMRK**
Sidabras u.a. gg. Litauen (23.6.2015) 247
- ▶ **Art. 1 1. Prot. EMRK**
S. L. und J. L. gg. Kroatien (7.5.2015) 251
Sargsyan gg. Aserbaidtschan (GK) (16.6.2015) 256
Chiragov u.a. gg. Armenien (GK) (16.6.2015) 263
- ▶ **Art. 3 1. Prot. EMRK**
Tahirov gg. Aserbaidtschan (11.6.2015) 270
Weitere Urteile und Entscheidungen des EGMR 274

▶ **Österreichische Judikatur**

- ▶ **Art. 3, 6 EMRK, § 363a Abs. 1 StPO, §§ 33 Abs. 1, 3 ARHG**
OGH 13 Os 27/15t v. 15.4.2015
Knüpfung des Ausspruchs über die Zulässigkeit
einer Auslieferung an Bedingungen widerspricht EMRK 281
- ▶ **Art. 6 EMRK, Art. 47 GRC, Art. 151 Abs. 1 Z. 8 B-VG, § 24 VwGVG**
VwGH Ra 2015/09/0009 v. 21.4.2015
Verpflichtung zur Durchführung einer öffentlichen
mündlichen Verhandlung vor den Verwaltungsgerichten 284

Literatur 287



wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht

Juli 2015 (29. Jahrgang)

o. Univ.-Prof. Dr. Konrad Grillberger

Vergütungsregulierungen für Mitarbeiter von Kreditinstituten 361

RA Hon.-Prof. Dr. Walter Brugger

Kartellstrafrecht: Keine Ausdehnung des § 168b StGB über das Bundesvergabegesetz hinaus 366

Dr. Mathias Knaf, RA Dr. Alic A. Ofenheimer

Zur Gebühr nach dem GGG bei Bestellung des Restvermögensprüfers nach § 3 Abs 4 SpaltG 371

DDr. Franz W. Urlesberger:

Europarecht: Das Neueste auf einen Blick 373

Rechtsprechung

Nr. 128-149

• Europarecht

128. Wirtschafts- und Währungsunion: Programm für den Ankauf von Staatsanleihen durch ESZB ist zulässig (EuGH 16. 6. 2015, Rs C-62/14) 378

129. Verbraucherschutz: Prüfung der Eigenschaft „Verbraucher“ iS von Art 1 Abs 2 lit a der Verbrauchsgüterkauf - RL von Amts wegen; zur Beweislastregel des Art 5 Abs 3 der RL 1999/44 (EuGH 4. 6. 2015, Rs C-497/13) 387

130. Verbraucherschutz: Irreführende Etikettierung von Lebensmitteln durch bildliche Darstellung von nicht vorhandenen Zutaten (EuGH 4. 6. 2015, Rs C-195/14) 392

131. E-Commerce: „click wrapping“ als elektronische Übermittlung iS des Art 23 Abs 2 der Brüssel-I-VO (EuGH 21. 5. 2015, Rs C-322/14) 394

132.-136. Weitere Urteile (Kurzinformation) 396

• Arbeitsrecht

137. Anfechtung einer Kündigung (OGH 26. 2. 2015, 8 ObA 59/14f) 404

138. Unzulässige Kettenarbeitsverträge (OGH 20. 3. 2015, 9 ObA 118/14i) 406

139. Arbeitslosenversicherungspflicht für Vorstandsmitglieder (VwGH 23. 3. 2015, Ra 2014/08/0062) 408

• Unternehmensrecht

140. Zur Haftung bei Unternehmensübergang (OGH 26. 2. 2015, 8 Ob 2/15z) 408

141. Zur Beendigung der Privatstiftung (OGH 27. 4. 2015, 6 Ob 230/14p) 412

142. Zur Fortsetzung einer gelöschten Gesellschaft (OGH 19. 3. 2015, 6 Ob 10/15m) 413

• Wettbewerbsrecht

143. Zum Umfang der Entscheidungsveröffentlichung nach § 37 KartG (OGH als KOG 21. 1. 2015, 16 Ok 6/14i) 413

144. Zur Aufhebung eines Schiedsspruches wegen Verstoßes gegen EU-Kartellrecht als Bestandteil des österr ordre public (OGH 18. 2. 2015, 2 Ob 22/14w) 418

145. Zur Besetzung des Rechtsmittelsenates in UWG-Verfahren (OGH 18. 11. 2014, 4 Ob 219/14f) 420

146. Eine (auch weit zurückliegende) Entscheidung kann für das Vorliegen einer gesicherten Rsp ausreichen (OGH 24. 3. 2015, 4 Ob 29/15s) 421

• Öffentliches Wirtschaftsrecht

147. Parteirechte der Speicherunternehmen im GWG 2011 (VfGH 3. 12. 2014, G 156/2014) 421

148. Unionsrechtswidrigkeit des Glücksspielmonopols (LVwG Oberösterreich 29. 5. 2015, LVwG-410287/42/Gf/Mu) 423

149. Unzulässigkeit einer Revision gegen Rechtspflegerentscheidungen (VwGH 20. 1. 2015, Ro 2014/05/0098) 424

Impressum 424

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



Mit Beilage
wirtschaftsrechtliche
blätter:wbl

Heft 7 Juli 2015
137. Jahrgang

Juristische Blätter

D3-262 ^{WU}
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Aufsätze

- Mag. Felix Kernbichler, LL.M.:
Insolvenzrechtliche Einschnitte in das zivilrechtliche Leistungsstörungenrecht 409
- Univ.-Ass. Mag. Ludwig Nordmeyer:
Zur (Un-)Beweglichkeit in § 933 Abs 1 ABGB und § 381 Abs 2 UGB (1. Teil) 422
- Univ.-Ass. Dr. Gabriel Kogler:
Die Zulässigkeit von Verjährungsvereinbarungen (2. Teil) 429

Aus den Vereinen / Ankündigungen

20. Österreichische Umweltrechtstage – Jubiläumsveranstaltung – Ankündigung 433

Rechtsprechung

Verfassungsgerichtshof

- Verfassungswidrigkeit der Wortfolge „Sachverständigen oder“ in § 126 Abs 4 S 3 StPO (VfGH 10.03.2015, G 180/2014 ua – o. Univ.-Prof. Dr. Kurt Schmoller) 434

Ordentliche Gerichte – Zivilsachen

- Kein zwingendes Schlichtungsverfahren bei Unterlassungsklage wegen Entzugs von Licht und Luft durch Pflanzen in beweglichen Pflanzentrögen (OGH 24.02.2015, 10 Ob 58/14y) 441
- Anmerkung der Rangordnung nach § 53 GBG bei Anwachsung nach § 142 UGB (OGH 24.03.2015, 5 Ob 62/15a) 442
- Anlegerschaden: Festlegung des Geschädigten auf Naturalrestitution oder Ersatz des Differenzschadens (OGH 19.02.2015, 6 Ob 7/15w) 444
- Solidarische Haftung von Mieter und dessen Organwalter bei Verletzung der Anzeigepflicht nach § 12a Abs 3 S 2 MRG (OGH 23.12.2014, 1 Ob 125/14k) 446

- Posting im Diskussionsforum einer Online-Zeitung von Redaktionsgeheimnis erfasst? (OGH 19.02.2015, 6 Ob 145/14p) 448
- Exekutionsbewilligung bei Zuspruch eines Zinssatzes von bestimmten Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (OGH 18.02.2015, 3 Ob 10/15i, 12/15h) 450
- Unterbliebene Aufhebung der Prozesshandlungen des abgelehnten Richters / maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des Kindeswohls (OGH 18.02.2015, 3 Ob 238/14t) 451
- Zulässigkeit des Rechtswegs für Schadenersatzanspruch wegen unvertretbarer Antidopingmaßnahmen / Unbestimmtheit einer Schiedsklausel (OGH 18.02.2015, 3 Ob 157/14f) 454

Arbeits- und Sozialgerichtssachen

- Berücksichtigung von Studienzeiten bei der Ermittlung des Vorrückungstichtags für Vertragsbedienstete (OGH 27.11.2014, 9 ObA 98/14y) 459

Strafsachen

- Strafrechtliche Beurteilung von Paysafecards (OLG Innsbruck 16.12.2014, 11 Bs 353/14w – Univ.-Ass. Mag. Vanessa McAllister, LLB.oec.) 461
- Privatanklage und gerichtliche Beweisaufnahme (OGH 18.12.2014, 12 Os 111/14m – RA Dr. Michael Rami) 465

Verwaltungsgerichtshof

- Aussetzung des Verfahrens, kein verfahrenslleitender Beschluss / Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung (VwGH 24.03.2015, Ro 2014/05/0089) 468

Literatur

Impressum 476

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



**magazin für
computer
technik**

25. 7. 2015

17

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2311



**Die schnellsten
Notebooks**

Starten oder warten?

Meilenstein Windows 10

Das ist neu, das ist besser, das ist schlechter

Neue Virtual-Reality-Brillen

Günstige Fax-Mufus

FreeSync-Monitore

SSH-Clients für iOS

Ubuntu auf Raspi

Bodycams bei der Polizei

Podcasts selber machen

Joomla vs. WordPress

Mainboard-Fabrik von innen

OpenZFS für Mac

10

Handy statt Kamera?

Im Test: Die besten Foto-Smartphones

Praxis: Raw-Fotos mit Android



€ 4,50

AT € 4,70 - CH CHF 6,90
LUX, BEL € 5,30
NL € 5,50

aktuell

Supercomputer: Aufwärtstrends und Stagnation	14
Prozessorgeflüster: Moore's Law läuft aus	18
Hardware: Neuer Kombiprozessor, 32-GB-Byte-Grafikkarte	19
Micro Bit: Eine Million Minicomputer für Siebtklässler	20
Smartphones: Android-Handy „Comodore PET“	21
Server & Storage: Lustre-Appliance, Krypto-SSD	22
Spiele: Minecraft für Windows 10, Gaming-Keyboard	23
Apps: Text-Editor, Hotspot-Karte, Cortana auf Android	24
Peripherie: Sichere Drucker, farbstarker Monitor	26
Sicherheit: UEFI-Rootkit, signierte USB-Firmware	27
Spionagesoftware-Firma Hacking Team gehackt	28
Dolby Cinema: Kino mit HDR-Bild und Multikanal-Ton	30
Internet: Facebook-Feed, Mozilla Developer Network	32
Linux: Service Pack für SLE 11, OwnCloud 8.1, SIMP	33
Netze: WLAN-Router, Repeater, Bridge	34
Audio/Video: Xbox One Game Streaming, Amazon Fling	36
Ausbildung: IT-Master, Optik-Seminar, Schüler-Workshop	37
Anwendungen: Projektmanagement, Business	38
Office 2016 für Mac, Kundenmanagement, Astronomie	40
Simulation, CAD-Dateibetrachter, Labview-Add-ons	41
Forschung: Autonome Feldroboter, Big-Data-Projekte	42
Apple: Neue iPods, Interesse an eSIM-Standard	44

Magazin

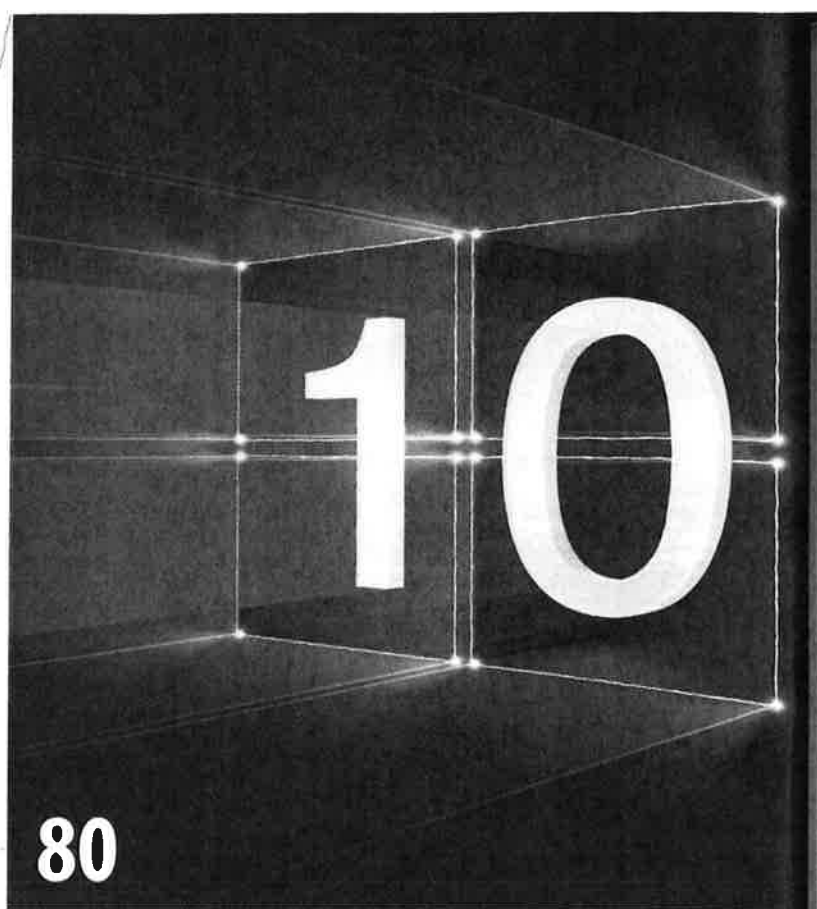
Vorsicht, Kunde: Mobilfunkzugang gesperrt	70
Videoüberwachung: Bodycams bei der Polizei	72
Datenschutz: Knappe Budgets und viele Aufgaben	76
Interview: Datenschutzexperte Niko Härting	79
Der NSA-Skandal: Details zu den Abhörprogrammen	132
Lexikon des NSA-Skandals: XKeyscore	134
Mainboard-Fabrik: Zu Besuch bei Gigabyte in Taiwan	136
Recht: Aufbewahrung steuerrelevanter Dateien	144
Bücher: Datei-Tools, Usability, Fehlschläge	190
Story: Glaziale Zufriedenheit von Arno Endler	196

Internet

Proxy-Dienst: Hola umgeht Ländersperren	142
Web-Tipps: Nomad List, Wetter, Interviews	188

Software

Code-Editor: Atom von GitHub zum Selberhacken	54
Technische Zeichensoftware: DesignCAD 3D Print V24	54
Synthesizer-Plug-in: Waldorf Nave	54
NAS-Distribution: OpenMediaVault	56
Audio-Player: GoneMAD Music Player für Android	56
Windows 10: Microsofts Visionen	80
Was neu ist	82
Browser Edge	88
Was wegfällt	90
Upgrade-Konsequenzen	92
Android-Updates: Smartphone-Hersteller im Vergleich	106
Linux-Distribution: Die Nachfolger von OpenSuse	140
SSH-Clients für iPhone und iPad	154



Meilenstein Windows 10

Ab dem 29. Juli spendiert Microsoft vielen Besitzern von Windows 7 und 8.1 ein kostenloses Upgrade auf Windows 10. Doch Obacht: Der Klick auf „Jetzt installieren“ hat viel weitreichendere Konsequenzen, als es früher beim Umstieg auf ein neues Windows der Fall war.

Microsofts Visionen	80
Was neu ist	82
Browser Edge	88
Was wegfällt	90
Upgrade-Konsequenzen	92

Bodycams bei der Polizei	72	SSH-Clients für iOS	154
FreeSync-Monitore	94	Joomla vs. WordPress	158
Günstige Fax-Mufus	100	Podcasts selber machen	164
Mainboard-Fabrik von innen	136	Ubuntu auf Raspi	170

Neue Virtual-Reality-Brillen

Virtual Reality ist in aller Munde. Und das, obwohl VR-Brillen der großen Hersteller erst gegen Ende des Jahres reif für den Konsumenten sein sollen. Wir haben auf Messen in Las Vegas, Los Angeles und San Francisco die spannendsten Brillen schon ausprobiert.



Die schnellsten Notebooks

Die ersten Notebooks mit Vierkern-CPU aus Intels neuester Broadwell-Generation sind da. Zusammen mit der GeForce GTX 980M ergibt das die schnellsten mobilen Spielmaschinen, die man derzeit kriegen kann. Zwei 17-Zöller im Test.

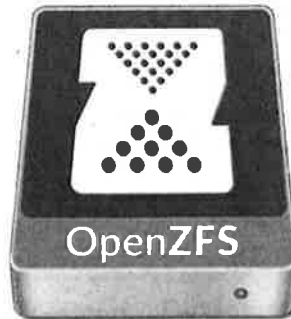


58

OpenZFS für Mac

Das OS-X-Dateisystem HFS+ ist schon wesentlich besser als seine Vorgänger. Doch es geht noch besser: ZFS ist viel flexibler, robuster, schützt auch Nutzdaten vor Verfälschung und kann sich manchmal sogar selbst heilen. Auf dem Mac ist es im Handumdrehen installiert.

174



Wie das Dateisystem ZFS funktioniert 174
OpenZFS unter OS X benutzen 178

Handy statt Kamera?

In Sachen Fotoqualität stehen High-End-Smartphones den Kompaktkameras kaum noch nach. Sie haben Auflösungen von bis zu 20 Megapixel und zahlreiche Einstellmöglichkeiten – einige schießen sogar Raw-Fotos. Im Labortest treten acht Kamera-Handys gegen die Edelkamera Sony RX100 an.

Foto-Smartphones im Test 110
Bessere Fotos durch Raw-Aufnahmen 120



110

Spiele: Streets of Fury EX, Missing 192
DTM Experience 2014, Moto GP 15 193
Yoshi's Woolly World, Cube Life: Island Survival 194
Tales from Deep Space, Xeodrifter, Indie-Tipps 195

Hardware

Micro-SD-Karte mit 200 GByte 46
Externe Festplatte: 4 TByte in 2,5 Zoll 46
USB-Festplattengehäuse zum Stecken 46
High-End-Walkman: Sony NW ZX2 48
Grafikkarte: GeForce GTX 960 mit 4 GByte 48
Digitale Parkscheibe: Park Lite gegen Strafzettel 48
Wohnzimmer-NAS: QNAP TS-453mini 50
NAS mit USV: Thecus N5810PRO 50
WLAN-Router: Netgear Nighthawk X6 R8000 52
Schaltsteckdose: Belkin Wemo Insight Switch 52
Gaming-Notebooks mit Vierkern-Broadwell 58
Grafikkarten: Luftgekühlte Radeon R9 Fury 62
Solid-State Disk: Samsung 850 Pro mit 2 TByte 64
3D-Drucker: Kompakter Ultimaker 2 Go 65
Camcorder mit 4-Spur-Audiorecorder 66
Heimautomation: Smart-Home-Set „Home Control“ 68
Gaming-Monitore mit FreeSync 94
Fax-Mufus: Viel Funktion für wenig Geld 100
Foto-Smartphones: Acht gegen eine Kompaktkamera 110
VR-Brillen: Künftige Modelle schon ausprobiert 124
Mini-Server: Sparsam, klein und leise 128
Workstation für Anspruchsvolle 130

Know-how

ZFS: Robustes, flexibles Dateisystem 174
Passwörter sicher speichern mit PBKDF2 180
Mobilfunk: Selbstorganisierende Netze 182

Praxis

Raw-Fotografie mit Android-Smartphones 120
Hotline: Tipps und Tricks 148
FAQ: Desinfec't 2015 152
CMS-Entscheidungshilfe: Joomla vs. WordPress 158
Kinder: Podcasts selber machen 164
Arduino warnt vor Sonnenbrand 168
Raspberry 2 mit Ubuntu Mate 170
OpenZFS auf dem Mac 178

Ständige Rubriken

Editorial 3
Leserforum 8
Schlagseite 13
Seminare 209
Stellenmarkt 210
Inserentenverzeichnis 212
Impressum 213
Vorschau 214